Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 227. Donnerstag, den 28. September 1899. 6. Jahrgang.

Hinter Eine Seite

In eigener Sache.

In der gestrigen Ausgabe der „Eisenbahn-Zeitung“ befindet sich unter Schwerin folgende Korrespondenz:

„Sozialdemokratisches. Den „Mecklenburgischen Nachrichten“ war von sozialdemokratischer Seite der Vorwurf gemacht worden, in ihrem Berichte über den sozialdemokratischen Parteitag in Lübeck eine Unterredung unterschlagen zu haben, die der Abg. Schwartz mit dem Abg. Büsing geführt habe. Der Reichstagsabgeordnete des zweiten Mecklenburgischen Wahlkreises, Herr Geh. Finanzrath Büsing, äußert sich darüber wie folgt:

Schwerin, den 24. September 1899.

An die Redaktion der „Mecklenb. Nachrichten“ hier.

Anläßlich einer in der heutigen Nummer Ihres Blattes abgedruckten Zuschrift, welche sich mit meiner Person beschäftigt, ersuche ich Sie um Abdruck folgender Erklärung:

Es haben niemals zwischen mir und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schwartz oder einem sonstigen Mitgliede der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Verhandlungen betreffend die mecklenburgische Verfassung stattgefunden. Es ist nicht wahr, daß ich dem Abgeordneten Schwartz gesagt habe, die Sozialdemokraten sollten doch den Liberalen erst helfen zu einer liberalen Verfassung, dann wäre es nicht schwer, das gleiche Wahlrecht auch in Mecklenburg zu erhalten. Die ganze mich betreffende Darstellung in dem fraglichen Artikel ist einfach erfunden.

Hochachtungsvoll Büsing, M. d. R.

Wir freuen uns, schreiben dazu die „Mecklb. Nachrichten“, daß die von uns publizirte Zuschrift eines konservativen Herrn vom Lande dem Herrn Reichstagsabgeordneten Büsing Veranlassung gegeben hat, der unwahren Darstellung der sozialdemokratischen „Mecklenburgischen Volkszeitung“ in so unzweideutiger, zweifelloser Weise entgegenzutreten. Die Mittheilungen des Rostocker sozialdemokratischen Parteiorgans hatten offenbar den Zweck, für den Fall einer neuen Reichstagswahl ein Zusammengehen zwischen der liberalen und der konservativen Partei zu hintertreiben. Durch die Erklärung des Herrn Geh. Finanzraths Büsing ist dieser Versuch unwirksam gemacht.“

Demgegenüber muß ich bemerken, daß ich in meinem Referate auf dem Mecklenburgischen Parteitage in Lübeck nichts von „Verhandlungen“, die zwischen dem Herrn Abg. Büsing und mir oder einem sonstigen Mitgliede der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion betr. die Mecklenburgische Verfassung stattgefunden hätten, gesprochen habe. Daß aber private „Unterredungen“ über diese Angelegenheit nicht nur mit meiner Wenigkeit, sondern auch wohl mit meinen Fraktionsgenossen stattgefunden haben, wird wohl Niemand, und zum wenigsten der Abg. Büsing, bestreiten, wenn ich ihn an den Antrag „betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten“ erinnere.

Der Antrag, den der Abg. Büsing unter Nr. 37 der Drucksachen der 1. Session der 8. Legislaturperiode 1890/91 nachlesen kann, lautete: „Hinter Artikel 3 der Verfassung wird folgender Zusatz aufgenommen:

In jedem Bundesstaate muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetze und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“

Dieser von den Abgg. Dr. Bar, Büsing, Dr. Pachnicke und Dr. Witte schon am 17. Mai 1890 — also nur wenige Tage nach Eröffnung des Reichstages — eingebrachte und von 84 Mitgliedern der freisinnigen und nationalliberalen Fraktionen unterstützte Antrag — zielte auf die Mecklenburgische Verfassungsfrage hin.

Trotzdem der Antrag einer der ersten Initiativ-Anträge mit war und deshalb auch gewissermaßen die Priorität beanspruchen konnte, ist er doch in den 208 Plenarsitzungen der überaus langandauernden ersten Session nicht zur Erörterung gekommen, und das aus guten Gründen. Der Antrag hatte nämlich nicht die geringste Aussicht, auch nur einen Achtungserfolg zu erringen, denn da ganz zweifelsohne die gesammte Rechte bis tief ins Zentrum hinein den Antrag auf das allerentschiedenste bekämpft und diskreditirt hätte, wären die 36 sozialdemokratischen Abgeordneten ausschlaggebend gewesen. Diese konnten aber, wenn sie nicht von vorneherein auf ihre alte Forderung, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht verzichten wollten, dem Antrag ihre Zustimmung nicht geben. Der sozialdemokratischen Forderung hinter dem Worte „aus“ einzuschalten „allgemeinen gleichen und direkten“, standen die „liberalen“ Herren aber schroff ablehnend gegenüber, und so hätten sie gegen zwei Fronten kämpfen müssen. Um dieses zu vermeiden, hielten sie es für das klügste, ihren eigenen Antrag zu ignoriren, — das heißt, sie bekümmerten sich nicht weiter um ihn und so kam es, daß er nach dem Schluß der Session am 31. März 1892 — also nahezu zwei Jahre nach seiner Geburt sang- und klanglos unter den Tisch des Hauses fiel, wie man sich so schön bildlich in der Parlamentssprache auszudrücken beliebt.

Offizielle „Verhandlungen“ zwischen den Herren Antragstellern und Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion, oder gar zwischen dem Herrn Abg. Büsing und mir haben natürlich nie und nirgends stattgefunden, das habe ich auch in meinem Referate gar nicht behauptet. Daß aber, wie die Dinge nun einmal lagen, in privaten Unterhaltungen die Frage sehr oft und eingehend zwischen den Antragstellern und meinen Fraktionsgenossen sowie zwischen Herrn Büsing und meiner Wenigkeit erörtert worden ist, liegt auf der Hand und wird auch wohl von keiner Seite bestritten werden können, zumal Herr Büsing und auch ich als Mitglieder der Petitionskommission noch oft Gelegenheit gehabt haben, der mecklenburgischen Verfassungsfrage näher zu treten.

Es ist ja auch ganz selbstverständlich und für Jeden, der die Verhältnisse auch nur annähernd kennt, einleuchtend, daß die Herren Antragsteller alles mögliche versucht haben, uns glauben zu machen, daß wenn Mecklenburg nur erst einmal eine „liberale“ Verfassung besitze, es um so leichter sein würde, auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht dort einführen.

Da wir aber kein Vertrauen zu einer nach liberalem Muster zugeschnittenen Verfassung hatten und uns deßhalb allem Liebeswerben gegenüber ablehnend verhielten, mußte der Antrag seinen Zweck verfehlen und in den Orkus versinken.

Ich kann deßhalb auch nicht umhin, in den Freudenbecher der Herren von den „Mecklenburgischen Nachrichten“ einige bittere Tropfen zu gießen, und ich stehe gar nicht an, hier zu erklären, daß Herr Abg. Büsing sich irrt, wenn er meint, „die ganze ihn betreffende Darstellung in dem fraglichen Artikel sei einfach erfunden.“ Dem ist nicht so. Jeder unbefangene Leser wird mir darin beistimmen, daß, wenn ein solcher prinzipiell weittragender Antrag auf dem Plane erscheint, auch darüber gesprochen und sehr eingehend gesprochen wird.

Der Herr Abg. Büsing hat eben bei Abfassung seines Briefes an die „Mecklbg. Nachr.“ nicht mehr an seinen eigenen Antrag von 1890 gedacht. Das kann Jedem passiren.

Zu der Schlußbemerkung der „Mecklbg. Nachr.“, die „Mecklenburgische Volkszeitung“ habe offenbar nur den Zweck verfolgt, für den Fall einer kommenden Reichstagswahl das Zusammengehen der liberalen und konservativen Partei zu hintertreiben, mag die „Mecklbg. Volksztg.“ selber das Wort nehmen. Ich will meine Ansicht nur kurz dahin äußern, daß die feindlichen Brüder sich noch immer gefunden und in den Armen gelegen haben, und daß sie sich gegebenenfalls auch wieder finden werden. Sie sind eben gleichwerthig

Schwartz.

Es kriselt.

my. Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß der gegenwärtige wirthschaftliche Aufschwung von beständigem Geldmangel begleitet wird. Es ist, als wenn die Maschine des Weltmarktes in immer kürzeren Zeitabschnitten auf einem hohen Punkt anlangt, den sie nur mit Mühe unter bedenklichem Kreischen des Räderwerkes schwerfällig überwindet. Im Herbst des vorigen Jahres wurde über allgemeinen Geldmangel geklagt; die Bank von England, sowie die Deutsche Reichsbank mußten den Diskontsatz bedeutend in die Höhe setzen, um den Ansturm auf ihre Kassen Widerstand zu leisten. Diese „Klemme“ war jedoch nur insofern beunruhigend, als das normale Maß des im Herbst regelmäßig eintretenden Geldbedarfes sehr erheblich überschritten wurde. Bedenklicher wurde es schon, als im April d. Js. abermals sehr erheblicher Geldmangel sich einstellte, und kaum war dieser überwunden, als die Lage im Juni wieder so gespannt wurde, daß trotz der günstigen Produktionsergebnisse die Aktien von Industrieunternehmungen einen ganz bedeutenden Kurssturz erfuhren. Als dann noch der sächsische Finanzminister die Tölpelhaftigkeit beging, im ungeeignetsten Zeitpunkt eine Anleihe von 80 Millionen Mark an den Mann zu bringen, erlitt auch der Kurs der deutschen Staatsanleihen einen bedenklichen Rückgang.

Aber auch diese Klemme wurde überwunden, doch nur mit dem Resultate, daß jetzt wieder seit Wochen die Lage schlimmer ist als je zuvor, und dabei ist zur Zeit die Geldknappheit ganz allgemein: Man spricht davon, daß die Reichsbank, welche im August den Diskontosatz auf 5 pCt. erhöhen mußte, demnächst auch darüber wird hinausgehen müssen; eine solche Erhöhung aber würde bedeuten, daß die Lage direkt kritisch ist. Der Grund dieser Maßregel ist, daß der private Diskontosatz jetzt schon mit $4^7/_8$ pCt. demjenigen der Reichsbank sehr nahe gekommen ist. Eine Erhöhung des Diskontosatzes ist auch an der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in diesen Tagen ganz plötzlich vorgenommen worden. Ganz das Aehnliche geht in England und in Frankreich vor — die Banken sperren nach Möglichkeit den Kredit. Gleichzeitig aber äußert sich die Geldknappheit darin, daß massenhaft Aktien von Industrieunternehmungen und in der letzten Zeit auch Staatspapiere zum Verkauf gebracht wurden, was einen neuerlichen bedeutenden Kursrückgang nach sich zieht; die Inhaber dieser Papiere müssen eben verkaufen, trotz der Verluste, weil jedes andere Mittel, Geld zu beschaffen, fehlt.

Was bedeutet nun ein solcher Zustand? „Geldknappheit“ tritt naturgemäß ein, wenn die Waaren unverkäuflich sind, wenn der Handel stockt, wenn die Häuser der Großproduzenten falliren. Von alledem ist vorläufig nicht die Rede. Im Gegentheil, die Ziffern über den Stand des Weltmarktes und der Weltproduktion für das abgelaufene Halbjahr sind geradezu glänzend. Es betrug zum Beispiel für Deutschland

Einfuhr:

Erstes Halbjahr	1899	2548	Millionen Mark
„ „	1898	2494	„ „
„ „	1897	2281	„ „

Ausfuhr:

Erstes Halbjahr	1899	1913	Millionen Mark
„ „	1898	1790	„ „
„ „	1897	1762	„ „

Besonders in Bezug auf die Ausfuhr ein glänzendes Ergebniß; die Exportindustrie macht Riesenfortschritte. Ein ebenso günstiges Bild entrollen die Zahlen über die Produktion. Es ist z. B. Roheisen erzeugt worden im ersten Halbjahre 1898 — 3 599 000 Tonnen, dagegen im ersten Halbjahr 1899 — 4 022 000 Tonnen. Gleich glänzend sind die Ergebnisse des Kohlenbergbaues, ja es besteht bekanntlich schon seit langer Zeit direkter Kohlenmangel. Eine derart intensive Thätigkeit in diesen grundlegenden Industriezweigen zeugt aber dafür, daß auch die Abnehmer der Eisenwerke gut beschäftigt sind, und in der That sind auch die Gewinne der Industrieunternehmungen durchweg gestiegen. Die diesjährigen Dividenden, welche die Aktiengesellschaften zahlen, sind ausnahmslos höher als die vorjährigen.

Und nicht nur in Deutschland ist die Lage derart „günstig“: Der Gesammtaußenhandel Englands erhöhte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Vergleich zu demselben Vorjahrsabschnitt um 14,76 Millionen Pfund Sterling, d. h. um 4,2 Prozent, und auch hier ist die Ausfuhr stärker gestiegen als die Einfuhr. In Frankreich stieg der Betrag des Außenhandels im ersten Halbjahr 1899 auf 4044 Millionen Franks von 4028 Millionen im Vorjahre. Vorzügliche Resultate erzielten auch die Vereinigten Staaten: Hier schließt das Fiskaljahr mit dem 30. Juni und es stellen sich die Ziffern des Außenhandels folgendermaßen:

	Einfuhr	Ausfuhr
1897/98	616,0 Mill. Doll.	1231,5 Mill. Doll.
1898/99	697,0 „ „	1227,4 „ „

Darnach ist die Ausfuhr etwas zurückgegangen, aber dieser Ausfall bezieht sich auf die Ausfuhr von Baumwolle, Getreide und Vieh, dagegen ist die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen ganz bedeutend gestiegen. Der Werth der Ausfuhr an Eisen und Stahlwaaren allein stieg von 62,7 Millionen Dollars auf 82,7 Millionen, die Ausfuhr an Maschinen hat sich seit dem vorletzten Jahre verdoppelt! Die Produktionsziffern ergeben folgendes: Die Produktion an Eisenerz stieg von 17,5 Millionen Tons auf 19,3 Millionen, die Produktion an Roheisen von 9,7 Millionen Tons auf 11,8 Millionen, die Produktion an Bessemer-Stahl von 5,8 auf 6,6 Millionen Tons. Und trotzdem soll gegenwärtig ein nie dagewesener Mangel an Roheisen und Stahl herrschen, ein Beweis, in welch fieberhafter Thätigkeit die gesammte Eisenindustrie begriffen sein muß.

Wohin man also blickt — glänzende Resultate, lebhafter Handel, gesteigerte Produktion. Und trotzdem akuter Geldmangel? Nicht trotzdem, sondern deshalb! und das ist das Bedenkliche an der Sache.

Unser gesammtes Wirthschaftssystem ist heute auf dem Kredit aufgebaut. Nicht nur herrscht im ausgedehnten Maße der Waarenkredithandel, so daß Baarzahlung im Großhandel die Ausnahme bildet und der ganze Handel zwischen Ländern und ganzen Erdtheilen auf Wechsel basirt ist, sondern auch das Produktionskapital ist nur zu einem verschwindend kleinen Theile unbeschränktes Eigenthum der Produzenten. Dieses System ermöglicht es, daß, sobald einmal die schleppende Krise überwunden ist, der Ausdehnung der Produktion und des Handels gar keine Schranken mehr gesetzt sind. Sobald einmal „das Vertrauen in den guten Geschäftsgang“ wieder erwacht ist, ist Kapital in Hülle und Fülle vorhanden, Wechsel werden mit Leichtigkeit diskontirt, Aktien neuer Gründungen werden mit Leichtigkeit untergebracht. Das Verhängnißvolle jedoch ist, daß auf diese Weise direkt zur Ueberproduktion angestachelt wird, indem neue Industrie- und Handlungsunternehmungen mit fabelhafter Leichtigkeit entstehen und dabei natürlich der reine spekulative Schwindel üppig emporschießt.

Von der Ausdehnung des Kredits erhält man einen Begriff, wenn man einen Blick auf die Operationen der Banken wirft. In Deutschland giebt es 108 Kreditbanken und diese verwalteten eigene und fremde Kapitalien jedesmal am Jahresschlusse auf die Summe

1893	3167 Mill. Mark	1896	4214 Mill. Mark
1894	3593 „ „	1897	4718 „ „
1895	3933 „ „	1898	5673 „ „

Seit also die Lage des Weltmarktes sich zu bessern begann, erfolgte sofort eine bedeutende Vermehrung der Umsätze und in den drei letzten Jahren ging diese Vermehrung in waghalsigen Sprüngen vor sich. In dem

Maße aber, wie die Marktlage sich bessert, wird auch das Kapital waghalsig, die Spekulationen geradezu verwegen. 1893 war noch die Lage so, daß 85 pCt. aller Verbindlichkeiten durch sofort disponible Mittel — Baarvorräthe, Depositen, sichere, d. h. bei der Reichsbank diskontirbare Wechsel — gedeckt werden konnten; 1898 aber nur noch 72 pCt. Das beweist, wie sehr der Kredit bereits angespannt worden ist. — Wie stark die Gründerthätigkeit im Schwunge ist, beweisen folgende Zahlen: In der ersten Hälfte eines jeden Jahres wurden in Deutschland neu gegründet:

1896	96 neue Aktienunternehmungen mit einem Kapital von	151 Mill. Mark,
1897	108 neue Aktienunternehmungen mit einem Kapital von	131 „ „
1898	179 neue Aktienunternehmungen mit einem Kapital von	215 „ „
1899	182 neue Aktienunternehmungen mit einem Kapital von	252 „ „

Dazu kommen dann noch riesige Summen, um welche bereits bestehende Aktien-Gesellschaften ihr Kapital in den letzten Jahren durch Herausgabe neuer Aktien vermehren. — Ganz das Gleiche ist aber in allen anderen Industriestaaten eingetreten: in England, Frankreich, Belgien, selbst in Italien und Oesterreich, in ganz besonders hohem Maße aber in den Vereinigten Staaten, wo die neuen Gründungen wie die Pilze emporschießen.

Diese Kapitalsvermehrung mit Hilfe des Kredits bedeutet natürlich eine entsprechende riesenhafte Ausdehnung der Produktion. Wo aber hört die „rationelle", dem Bedarf des Marktes entsprechende Produktion auf, wo fängt die Ueberproduktion an? Auf diese Frage ist eine direkte Antwort unmöglich bei der Kreditwirthschaft. In Folge eben dieser Papierwirthschaft „kann der Schein eines sehr soliden Geschäftes und flotter Rückflüsse noch ruhig fortexistiren, nachdem die Rückflüsse in der That schon längst nur noch auf Kosten theils geprellter Geldverleiher, theils geprellter Produzenten stattfinden. „Daher scheint immer das Geschäft fast übertrieben gesund unmittelbar vor dem Krach" — sagt Marx.

Das einzige Merkmal, daß die Ueberproduktion bereits eingetreten, daß das Geschäft die reelle Basis einbüßt, ist eben nur die „Geldknappheit". — Wenn also jetzt, trotz der glänzenden Ergebnisse der Handelsstatistik, trotz der im lebhaften Steigen begriffenen Produktion die Lage des Geldmarktes derart kritisch ist, so beweist das eben, daß in allen Ländern eine Ueberproduktion und Ueberspekulation stattgefunden hat. Allerdings kann der todte Punkt auch diesmal noch einmal überwunden werden, weil die Schwungkraft eine so große ist in Folge der Betheiligung aller Länder an dem wirthschaftlichen Aufschwunge, aber das ist dann nur eine weitere Hinausschiebung des Zusammenbruches, der mit um so größerer Vehemenz eintreten muß. — „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armuth, die Konsumtionsbeschränkung der Massen, gegenüber dem Triebe der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde." (Marx.) Nun kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Konsumtionsfähigkeit der Massen zur Zeit nicht im Entferntesten in dem Maße zunimmt, wie die Produktionskräfte, dafür ist eben das geringe und zum Theil nur nominelle Steigen des Verdienstes der Arbeiter der bindende Beweis.

Die jetzige Geldknappheit also ist ein Vorbote des Krachs, es ist ein warnendes „Mene-Tekel", und die Arbeiter sollten es nicht unbeachtet lassen. Für die Arbeiterklasse gilt es eben, dem Krach mit seinen Folgen, der Arbeitslosigkeit, der Lohndrückerei, dem Elend, durch möglichsten Ausbau der Organisation zu begegnen.

Parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

6. Dezember 1898 bis 22. Juni 1899.

(Bericht des Parteivorstandes.)

(Fortsetzung.)

Ganz besonders schlecht kamen die Agrarier fort bei dem Versuche, die Wirren auf Samoa im Reichstage zu einer Agitation für einen **Zollkrieg gegen Amerika** auszunutzen. Dieses wurde von dem Interpellanten, dem Abgeordneten Dr. Lehr, dem Geschäftsführer des „Alldeutschen Verbandes", eines rein chauvinistischen Vereins, so ungeschickt ausgeführt, daß nicht nur die Regierung in der deutlichsten Form abwinkte, sondern auch sämmtliche bürgerlichen Parteien — mit einer einzigen Ausnahme der ganz sprachlos gewordenen Nationalliberalen — gegen die Begründung der Interpellation protestirten. Unter diesen Umständen konnten wir uns ebenfalls damit begnügen, uns dem allseitigen Protest anzuschließen.

Endlich ist auch die Hauptaktion der Agrarier, ihr Sturmlauf gegen die **Reichsbank**, gescheitert. Ihr Wunsch geht dahin, die Reichsbank ganz unter ihren Einfluß zu bekommen, um aus ihr eine „Generalpumpstation für das Agrarierthum" zu machen. Dies war aber, nachdem im Jahre 1889 die bisherige Organisation der Bank vom Reichstag bis zum 31. Dezember 1900 bestätigt worden, bisher unausführbar. Dagegen mußte sich jetzt der Reichstag entscheiden, ob er vom 1. Januar 1901 ab eine den Wünschen der Agrarier entsprechende Aenderung in der Stellung des Reichs zur Reichsbank vornehmen wollte.

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Bankgesetzes", wollte auch für die Zukunft nichts ändern. Für unsere Fraktion fragte es sich nun, ob wir die Verstaatlichung der Reichsbank fordern sollten. Einer Verstaatlichung werden wir stets zustimmen, wenn dadurch ein politischer und ökonomischer Fortschritt erzielt werden kann. Ein solcher ist jedoch bei der Verstaatlichung der Reichsbank unter den jetzigen Umständen ausgeschlossen. Im Gegentheil müssen wir bei dem großen Einfluß der Agrarier auf die Reichsverwaltung befürchten, daß, sobald die Reichsbank vollständig der Regierung ausgeliefert wäre, die Bankpolitik ganz und gar nicht im Interesse von Handel und Verkehr, im Interesse der Entwickelung der modernen Wirthschaftsweise, sondern in der Pflege speziell agrarischer Interessen gestaltet würde. Aus diesen Gründen erklärten wir uns gegen die Verstaatlichung der Reichsbank, die schließlich im Reichstage gar nicht mehr ernsthaft in Betracht kam.

Dagegen bemühten wir uns, im Interesse der Gesammtheit den Antheil der Aktionäre am Reingewinn der Bank so viel wie irgend möglich herunterzusetzen. Die Aktionäre erhalten nach den noch geltenden Bestimmungen eine Dividende von 3½ pCt. und die Hälfte des weiteren Gewinns bis zu einer Gesammtdividende von 6 pCt. Die andere Hälfte fließt in die Reichskasse. Von dem dann noch verbleibenden Rest des Gewinns bekommen die Aktionäre ¼ und das Reich ¾. Der Regierungsentwurf bewilligte den Aktionären für die Zukunft außer der 3½ procentigen Dividende die Hälfte des Gewinns nur bis zu einer 5 procentigen Gesammtdividende. Der weitere Ueberschuß sollte wie bisher zu ¾ dem Reiche und zu ¼ den Aktionären zufallen. Die Konservativen wollten den Aktionären den Gewinn nur bis zu einer 6 prozentigen Gesammtdividende zukommen lassen. Uns genügte diese Beschränkung nicht, deshalb beantragten wir, daß den Aktionären nach der Dividende von 3½ pCt. von dem weiteren Gewinn statt der Hälfte nur ¼ zusteht, und nur bis zu höchstens 5 pCt. Gesammtdividende. Der ganze weitere Gewinn soll dem Reiche gehören. Unser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Darauf stimmten wir für den konservativen Antrag, weil derselbe ebenfalls den Gewinnantheil der Aktionäre geringer bemessen wollte, als es nach der Regierungsvorlage der Fall ist. Aber auch der konservative Antrag blieb in der Minderheit, die Regierungsvorlage wurde unverändert angenommen.

Bis zu welchen Konsequenzen die Profitgier der Agrarier sich versteigt, zeigten die Verhandlungen über die unhaltbaren Zustände in der **Zuckerindustrie**. Schon bei der Berathung des jetzigen Zuckersteuer-Gesetzes im Jahre 1885/96 haben wir darauf hingewiesen, daß durch die künstliche Vertheuerung des Zuckers der Verbrauch dieses werthvollen Genußmittels bedeutend erschwert werde, und daß in Folge dessen über kurz oder lang die immer mehr anwachsende Menge des produzirten Zuckers den nöthigen Absatz nicht mehr finden würde. Wie richtig unsere Voraussage war, sehen jetzt selbst die Zuckerbarone ein, die um so mehr Grund zu ernsten Befürchtungen haben, da ihnen der Absatz im Ausland durch die Konkurrenz der anderen Länder gefährdet wird. Der nationalliberale Führer, der „heilige" Paasche, der sich im neuen Reichstag durch seine überfromme Rede gegen die gottlosen Sozialdemokraten bemerkbar gemacht hat, leistete sich den „frommen" Vorschlag, den Zucker nicht für die Menschen, sondern fürs Vieh zu verbilligen. Deshalb soll die Zuckersteuer bestehen bleiben, die Verwendung steuerfreien Zuckers zu Viehfutter aber in genügendem Maße ermöglicht werden. Also billiger Zucker fürs Vieh — theurer Zucker für die Arbeiter. Diese „Frömmigkeit" wollte uns bösen Sozialdemokraten wiederum nicht einleuchten. Wir verlangten vielmehr, die Zuckersteuer aufgehoben, und daß auf diese Weise der Verbrauch des Zuckers gefördert wird.

Gegen das **Weingesetz** vom 20. April 1892 wurden schwere Klagen erhoben, die wir ebenfalls seiner Zeit im Reichstage vorausgesagt hatten. Durch das Gesetz werden auf der einen Seite die kleinen Weinbauern schwer geschädigt. Auf der anderen Seite sind aber auch diejenigen Arbeiter dabei interessirt, die in den weinreichen Gegenden noch Wein erschwingen können. Denn ihnen wird oft ein unglaubliches Getränk als Wein vorgesetzt. Wir forderten eine Aenderung des Weingesetzes dahin, daß ein derartiger Betrug unmöglich wird.

Dieselbe Stellung nahmen wir gegenüber der Verfälschung des **Bieres** ein. Wir erklärten uns gegen alle Surrogate für Malz und Hopfen.

Von dem **Hypothekenbankgesetz** suchten wir alle Bestimmungen fern zu halten, die entweder für die Erfüllung der Bauarbeiterforderungen oder für die Beschäftigungsverhältnisse im Baugewerbe hätten gefährlich werden können. Bei der Berathung des **Reichseisenbahnamtes** regten wir eine einheitliche Reform der Personen- und Frachttarife sowie Maßregeln zu Gunsten einer größeren Sicherheit des Eisenbahnbetriebes an. Die Beschwerden bezüglich des Eisenbahnwesens in dem Reichslande wurden von uns eingehend besprochen. Gelegentlich der beantragten, aber noch nicht zum Abschluß gelangten Aenderungen auf dem Gebiete des **Post-, Telephon- und Telegraphenwesens** wirkten wir dahin, daß der Postzeitungstarif zweckentsprechend geändert; daß jede Möglichkeit für die Post, der Presse bei der Beförderung der Blätter Schwierigkeiten zu bereiten, ausgeschlossen; daß das Porto für die Postsendungen erheblich verbilligt und gesetzlich festgelegt; daß die Entschädigung für die Angestellten, die in Folge der Verstaatlichung der Privatposten ihre Arbeit verlieren, ganz bedeutend erhöht; daß die Telephongebühr in Stadt und Land möglichst billig angesetzt; daß das öffentliche Fernsprechwesen mehr ausgebaut; und daß endlich die Reichspost-Verwaltung für alle Schäden, die sie einem Privaten oder Gemeinden zufügt, nach jeder Richtung hin haftbar gemacht wird.

Zu eingehenden Debatten gaben die bei uns so überaus häufigen **Ausweisungen** „lästiger" Ausländer Anlaß. Unsere Redner verurtheilten diese Gewaltpolitik, weil sie mit unseren Begriffen von Menschlichkeit und Gerechtigkeit im Widerspruch steht, weil sie berechtigte Erbitterung im Innern unseres Landes hervorruft, sowie die im Auslande lebenden oder mit dem Auslande im Verkehr stehenden Deutschen schädigt, und weil sie oft genug selbst gegen solche Leute angewandt wurde, die nichts Ungehöriges begangen hatten.

Demselben Gebote der Gerechtigkeit folgten wir, als wir uns gegen das von den Antisemiten beantragte **Verbot des rituellen Schächtens** aussprachen. So lange nicht nachgewiesen wird, daß das Schächten eine Thierquälerei ist, halten wir uns nicht für berechtigt, den Juden die Erfüllung einer Vorschrift ihrer Religion zu verbieten.

Dies ist die gleiche Stellung, die unsere Partei seit jeher allen Religionen gegenüber eingenommen hat, und der zu Folge wir auch in diesem Jahre wieder wie in früheren Jahren für die Aufhebung des **Jesuitengesetzes** gestimmt haben. Der Staat soll sich nicht in solche religiöse Angelegenheiten mischen, die sein Interesse nicht berühren; und er soll keinen Menschen um seines Glaubens willen zurücksetzen.

Während wir hier Uebergriffe der Staatsgewalt zurückzuweisen hatten, mußten wir auf einem anderen Gebiete, dem der **Sozialpolitik**, eine überaus lange Reihe von Beschwerden darüber erheben, daß dort, wo es sich um das Wohl und Wehe der Armen und Aermsten handelt, der heutige Staat bei Weitem nicht das leistet, was im Interesse des arbeitenden Volkes und zur Förderung der kulturellen Entwickelung unbedingt nothwendig ist. So rügten es unsere Redner, daß die vom Reichstage in voriger Session nach vieler Mühe und Arbeit fertig gebrachte Reform der Unfallversicherung schließlich von der Regierung zurückgezogen wurde, nachdem der Zentralverein der Großindustriellen sich gegen die Aenderungen erklärt hatte. — Auch auf mehrere Mißstände, die sich aus der Praxis der Berufsgenossenschaften ergeben, mußten wir hinweisen. So darauf, daß sich manche Vertrauensärzte in der ärgsten Abhängigkeit von der Berufsgenossenschaft befinden, und daß dementsprechend ihre Gutachten gegen die Arbeiter ausfallen. — Wir erinnerten an die noch immer traurigen Zustände in den medicomechanischen Instituten, den berüchtigten Rentenquetschen. — Geradezu unglaublich klang es — es wurde aber aufs Klarste bewiesen — daß im Widerspruche mit der gesetzlichen Bestimmung durch wiederholte zu niedrige Festsetzung des Durchschnittslohnes der zur Schiffsbesatzung gehörigen Personen die armen Wittwen und Waisen der verunglückten Seeleute um ca. anderthalb Millionen Mark geschädigt worden sind. Obgleich die Richtigkeit dieser schweren Anklage vom Regierungstische Anfangs entschieden bestritten wurde, sahen sich die Regierungen schließlich doch genöthigt, eine genaue Untersuchung dieser Angelegenheit zu versprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Stichwahl in Pirna. Bei der gestern stattgefundenen Stichwahl erhielt Fräßdorf (SD.) 12 508, Lotze (Antis.) 12 757 Stimmen. Neun Orte fehlen noch, doch können diese an dem Resultat nichts mehr ändern. Lotze ist gewählt. Wir sind in Ehren unterlegen. Ein sehr großer Theil der Freisinnigen hat sich anscheinend auf die Seite der Antisemiten geschlagen und dadurch den Sieg desselben ermöglicht.

Zur innerpolitischen Lage wird der ultramontanen „Köln. Volksztg." aus Berlin geschrieben: „Die Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums hat durch die Ernennung Rheinbaben's aus Studt's Hinterwegs einen einheitlichen Charakter erhalten. Die heutige Verfassung des Ministeriums erinnert lebhaft an die letzte Zeit der Aera Caprivi-Eulenburg, welche bekanntlich dadurch ihren Abschluß fand, daß sowohl der damalige Reichskanzler wie der preußische Ministerpräsident entweder zurücktraten. Es besteht kein Zweifel, daß die Krisis vor vier Wochen nur verschleppt worden ist.

Eine Lieber-Rede. Am Sonntag hat im „goldenen" Mainz der hessische Katholikentag stattgefunden. Herr Trimborn aus Köln hat da sehr schön über Sozialpolitik gesprochen, aber der Knalleffekt war doch die Rede des Zentrumsführers Dr. Lieber über die politische Lage. Diese ist, wie er sagte, für das Zentrum nicht ganz ungefährlich, denn im preußischen Staatsministerium sitze ein sehr einflußreicher Mann, der kein anderes Streben habe, als das Zentrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung zu verdrängen. Herr Lieber fügte hinzu, er glaube sich deutlich ausgedrückt zu haben, und in der That wird Niemand darüber im Zweifel sein, daß die fragliche, sehr scharfe Stelle seiner Rede gegen Herrn von Miquel gerichtet ist. Herr Lieber hat auch angedeutet, durch welche Taktik Miquel dieses Ziel zu erreichen hoffe. Er (Miquel) werde, so meint Herr Lieber, gelegentlich der Zuchthausvorlage und wo es etwa sonst noch angebracht sein würde, bei der „maßgebendsten Stelle" darauf hinweisen, daß uns doch einmal die Konservativen die „sichersten Stützen von Thron und Altar" seien, da sie zwar den Kanal verwerfen, aber im Uebrigen mit der Regierung durch Dick und Dünn gingen. Es gehört nun freilich kein besonderer Scharfsinn dazu, um einzusehen, daß Miquel diese Taktik nicht nur verfolgen wird, sondern schon beobachtet hat, und zwar bei der jüngsten sogen. inneren Krisis. Wichtiger ist gegenwärtig aber die Frage, ob nicht das Zentrum dieser Taktik durch eine ebenso feine zu begegnen versuchen wird. Eine nationalliberale Stimme hat kürzlich ausgerufen, man müsse jedenfalls aus der Zuchthausvorlage etwas zu Stande bringen, damit die Krone nicht dazu gedrängt werde, sich wieder den Konservativen enger anzuschließen. Sollte das Zentrum nicht ähnliche Gedanken hegen? Herr Lieber hat freilich gesagt, er und seine Partei ständen noch ganz auf dem Standpunkte, den sie bei der ersten Lesung der Zuchthausvorlage einnahmen. Herr Lieber sagte dies „zur Beruhigung", aber das Mißtrauen ist damit noch nicht gebannt. Denn das Zentrum wird selbst einen Gesetzentwurf zur Sache einbringen, und die Gestalt dieser Aktion kann sich noch Manches begeben. Dem Vorgehen des Zentrums bringen wir daher nur wenig Vertrauen entgegen. Sicher könnte man nur dann sein, wenn das Zentrum sich gleich dazu verstanden hätte, zunächst einmal die ganze Zuchthausvorlage ohne viel Hokuspokus zu begraben. Aber die Methode, der Zuchthausvorlage einen Initiativantrag aufzupfropfen, gefällt uns gar nicht.

Von der Zuchthausvorlage. Wie man in Wahrheit in Handwerkerkreisen über die Zuchthausvorlage denkt, lehrt der Handwerkertag zu Würzburg. Aus dem Sitzungsbericht sei folgendes hervorgehoben:

Schreinermeister Abert-Würzburg sagte: Wollen denn auch wir die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und -nehmer noch verschärfen? Bedenken Sie, daß die gegenwärtige Gesetzgebung völlig genügt, wenn man sie richtig anwendet, welche Beispiele aber jetzt schon vorliegen, wie weit ein solch neues Gesetz führen würde. Wir müssen vor allem die Selbstsucht fallen lassen, dann wird eine andere Zeit kommen und die Arbeitnehmer nicht mehr in einem solchen Gegensatz stehen zu dem Arbeitgeber. Redner erklärt sich als entschiedener Gegner aller Ausnahmegesetze. (Lebhaftes Bravo). Gehen wir diesen Weg, so entfremden wir uns auch die guten uns noch anhängenden Arbeiter und werfen sie der Großindustrie und der Sozialdemokratie in die Arme. (Bravo).

Konditor Bernhard-Würzburg: Ist es denn nothwendig, daß sich ein Handwerkertag mit Fabrikation von Strafgesetzen beschäftigt? (Bravo!) In der Presse findet man fast täglich Arbeiterverurtheilungen. Womit werden denn diese bestraft, wenn nicht schon Gesetze da sind? (Sehr richtig!) Durch die Zuchthausvorlage wird kein Schutz des Handwerks, sondern das gerade Gegentheil bewirkt. Wir haben Gesetzgebung genug. Wenn wir aber jetzt die Hand zu einem solchen unerhörten Gesetze bieten, dann werden die Arbeiter, welche jetzt noch zu uns stehen, mit Gewalt in's Lager der Sozialdemokraten getrieben. Wir brauchen diesen Schutz nicht, wir haben ihn. Wenn die Organisation der Arbeiter in's Feld geführt wird, dann macht's ihnen halt nach und schafft Innungen. (Bravo!) Ich bitte, den Gesetzentwurf mit Unwillen zurückzuweisen! (Bravo!)

Das ist deutlich gesprochen und sticht von der jammervollen Haltung, welche die Lübecker Tischlerinnung zur Zuchthausvorlage eingenommen hat, vortheilhaft ab.

Der schwarz-rothe Sigl. Ein interessantes Bekenntniß hat der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl im Münchener Arbeiter-Wahlverein der Zentrumspartei abgelegt. Er sagte da in einer Rede:

„Das vom Zentrum mit den Sozialdemokraten eingegangene Kompromiß thue nichts zur Sache. Er (Dr. Sigl) habe bereits bei der ersten Wahl sozialdemokratisch gewählt, ich habe das gethan seit 15 Jahren, ich habe es gethan, weil ich es von jeher liebte, ganze Arbeit zu machen. (Rufe: Aha!) Ich hatte Anfangs noch religiöse Bedenken als Katholik, aber ein Mitarbeiter von mir, Ober-Landesgerichtsrath Glaser, ein tüchtiger Jurist und sehr guter Katholik, sagte mir einmal: „Ich wähle sozialdemokratisch." Auf mein erstanntes Gesicht hin erwiderte er: „Ich wähle deshalb sozialdemokratisch, weil ich kein anderes Mittel weiß, um meinem Zorn und Aerger über die ekelhaften Zustände im Deutschen Reiche Ausdruck zu geben." Ich habe es deshalb gethan, weil ich glaube, daß in gewissen Gegenden ein rother Zettel mehr Wirkung ausübt, als ein anderer."

Die Zentrumsleute werden von dieser Herzenserleichterung ihres ungetreuen Sohnes wenig erbaut sein.

Wie viel Abg. Frhr v. Zedlitz, der Präsident der Seehandlung, für die „Post" schreibt und was er dafür an Honorar bezieht, ist der „Vorw." in der Lage, aktenmäßig beweisen zu können, gerade aus den letzten vier Monaten Mai bis August, in denen die Monatsberichte im Vordergrund der Erörterung stand. Offenbar hatte die „Post" noch vor einigen Tagen den Muth, zu behaupten, daß die „Freis. Ztg." über den Umfang der Zedlitz'schen Artikel in der „Post" falsche Nachrichten verbreite. Nach den Mittheilungen des „Vorw." hat nun Herr v. Zedlitz für die „Post" geschrieben:

Mai	1899	18 Leitartikel	à 25,	Mk
„	1899	28 Entrefilets	à 12,50	„
Juni	1899	13 Leitartikel	à 25,	„
„	1899	35 Entrefilets	à 12,50	„
Juli	1899	4 Leitartikel	à 25,	„
„	1899	9 Entrefilets	à 12,50	„
August	1899	12 Leitartikel	à 25,	„
„	1899	18 Entrefilets	à 12,50	„

Im Ganzen hat Herr v. Zedlitz, der als Präsident der Seehandlung 15 000 Mark nebst freier Dienstwohnung bezieht, von der „Post" an Honoraren erhalten

1897 . . . . 10 590 Mk.
1898 . . . . 8 650 „

Und in den vier Monaten Mai—August 1899 hat er trotz der Ferienzeit **2300** Mark als Mitarbeiter der „Post" bezogen. Damit ist rechnungsmäßig bewiesen, daß Herr von Zedlitz in der That der eigentliche Politikmacher der „Post" ist, und daß dieser Regierungsbeamte auch die Opposition gegen den Kanal organisirt hat. Dem Günstling Miquels ist eben mehr gestattet als einfachen Sterblichen. Man dürfte natürlich sehr darauf gespannt sein, was die „Post" am Dienstag Abend zu den Mittheilungen des „Vorwärts" sagen würde. Es ist wenig genug, aber doch ausreichend, um erkennen zu lassen, daß die Mittheilungen des „Vorwärts" vollständig der Wahrheit entsprechen. Die Erwiderung der „Post" lautet wörtlich wie folgt: Der „Vorwärts" bringt einen Sensationsartikel, der in einer Reihe von Punkten mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir es ablehnen, uns in eine Polemik mit dem „Vorwärts" einzulassen, und darauf verzichten, seine falschen Angaben richtig zu stellen."

Kleine politische Nachrichten. Gefesselte Militärarrestanten wird es nach dem Inkrafttreten der neuen Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 geben. Ein Paragraph dieser Ordnung bestimmt nämlich, daß militärische Untersuchungsgefangene, die einen Selbstmord- oder Fluchtversuch verübt haben, in ihrer Zelle gefesselt werden können. Die Fesselung wird durch Hand- oder Fußschellen ausgeübt werden. Bei der noch jetzt zu Recht bestehenden Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845 giebt es eine derartige Maßnahme nicht. Das neue Militärstrafgesetz tritt spätestens am 1. Januar 1901 in Kraft. — Auf Samoa scheint die gemeldete Ruhe nur vorübergehend gewesen zu sein: wenigstens berichten Londoner Blätter, daß die britische Regierung die offizielle Mittheilung von neuen Unruhen auf Samoa erhalten hätte. Nach der „Köln. Ztg." soll dagegen „alles ruhig" sein. Das Copraggeschäft gehe flott von statten; Mataafa habe sich den Dank aller Weißen erworben, weil er diejenigen Eingeborenen, die während des Krieges das Eigenthum der Weißen geplündert hätten, gezwungen habe, das Gestohlene wieder herauszugeben. In London ansässige Schwindler hätten gefälschte Noten auf die „Bank von Samoa" in den Verkehr gebracht, die gar nicht existire. Welche von beiden Nachrichten der Wahrheit am nächsten kommt, wird die Zeit lehren. — Ein neues Unfallversicherungsgesetz soll bekanntlich dem Reichstag demnächst vorgelegt werden. Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben, daß in diesem Gesetz den Bestrebungen auf Abschaffung oder Kürzung der für die Unfallversicherung vorgesehenen 13wöchigen Karenzzeit nicht werde Rechnung getragen werden. — Der „Münchener Allgemeinen Zeitung" wird aus Berlin berichtet: Auch in London sind binnen Jahresfrist mehrere Pestfälle vorgekommen; es gelang aber, sie zu lokalisiren und nach außen nichts darüber lautbar werden zu lassen. — Von den Philippinen ist wieder eine Hiobspost in Amerika eingetroffen. Ein Telegramm aus Manila meldet, den „Rebellen" sei es vorigen Freitag gelungen, einen militärischen Bahnzug unweit Calulut in die Luft zu sprengen. 25 Amerikaner und 28 Arbeiter wurden getötet und viele verwundet. Die Eingeborenen entkamen, ehe Verstärkungen anlangten. Ferner nahmen die „Aufständischen" das amerikanische Kanonenboot „Urbaneta" mit Kanonen und Munition im Nordwesten der Bai von Manila und verbrannten dasselbe. Die Besatzung, bestehend aus einem Offizier und neun Mann wird vermißt; man nimmt an, daß sie getödtet oder gefangen worden ist. Auch sonst haben die Amerikaner wenig Freude an ihrem neuen Besitz. Einer Meldung des „New York Herald" aus Washington zufolge haben die von den Vereinigten Staaten zur Anwendung gebrachten strengen Vorschriften für Einwanderungen in Manila eine Anzahl von nichtoffiziellen Nachfragen seitens auswärtiger Regierungen zur Folge gehabt; auch der Tarif für die Philippinen habe zu erheblichen Auseinandersetzungen in diplomatischen Kreisen geführt.

England.

Ueber ein persönliches Interesse der Familie Chamberlain an der Dynamitfrage, die bekanntlich auch einen Hauptgrund der englischen Beschwerden gegen die südafrikanische Republik bildet, bringt das Amsterdamer Blatt „Volksstem" interessante Enthüllungen. Im Jahre 1894 wurde in der Nähe von Johannesburg eine Fabrik zur Herstellung von Dynamit angelegt, und diese Fabrik ist jetzt eine der größten in der Welt und liefert ein tadelloses Fabrikat, allerdings zu bedeutend höheren Preisen als in Europa, weil die Arbeitslöhne in Transvaal viel höher sind und die Regierung auf die bedeutenden, aus dem Monopol fließenden Einkünfte nicht verzichten konnte. Die bei der Goldindustrie betheiligten Engländer fanden es aber unerträglich und unerhört, daß Transvaal einen Artikel, bei dem so viel verdient werden konnte, selbst fabrizirte, statt ihn aus England zu beziehen. Daher auch die fortwährenden Klagen über die Höhe der Dynamitpreise — Klagen, die bei Chamberlain ein offenes Ohr fanden, da er im Januar dieses Jahres bei der Regierung der Republik gegen die Fortdauer des Monopols förmlich protestirte. Und warum? Die „Volksstem" giebt darauf folgende Antwort: „Eine kürzlich von unserem Vertreter in London angestellte Untersuchung hat folgendes Ergebniß gehabt. Seit geraumer Zeit sind verschiedene männliche und weibliche Mitglieder der Familie Chamberlain als Aktionäre der Dynamitfabrik für Sprengstoffe eingetragen. Herr Arthur Chamberlain, der Bruder des Ministers, ist Direktor dieser Fabrik, einer der größten Aktionäre, ein Anonymus, den die Bank von England vertritt. Im August 1897 befanden sich allein in den Händen von Angehörigen der Familie Chamberlain 2229 Aktien, die ein nominales Kapital von 22 290 Lstr. repräsentiren, während der Anonymus allein 2502 Aktien besaß. Im August des darauffolgenden Jahres hatte der Bruder des Ministers seinen Aktienbesitz verdoppelt und der „Anonymus" den seinigen auf 4643 vermehrt. Begreift man jetzt den Widerwillen, den der englische Kolonialminister gegen das Dynamitmonopol hat? Namentlich hat Herr Chamberlain nur seinen Protest gegen das Monopol die höhnische Kritik der angesehensten englischen Rechtsgelehrten, u. a. des Professors Westlake, herausgefordert."

Herr Chamberlain scheint in Schwierigkeiten zu sein. Die wachsende Opposition gegen seine Transvaalpolitik wird ihn unbequem. Am Sonntag fand auf dem Kaffirn-Trafalgar-Square eine Protestversammlung gegen die Kriegspolitik statt. Diese Versammlung ist nach den Meldungen englischer Zeitungen von dem Jaxhagel, der in England (wie auch bei uns in Deutschland) stets sehr „patriotisch" ist, gesprengt worden. Das nächste Mal werden die organisirten Arbeiter sich jedenfalls besser vorsehen. Während der Kriege mit Frankreich am Ende des vorigen und am Anfang dieses Jahrhunderts operirten die Tories auch mit dem Mob. Herr Chamberlain arbeitet nach alten Mustern.

Aus alten Papieren.

A. K. Vor einigen Tagen hat in Itzehoe die 28. Delegirten-Versammlung des norddeutschen Baugewerk-Vereins stattgefunden, zu der auch Lübeck einige seiner Innungsobermeister entsandt hatte. Die Hauptaufgabe des Kongresses war die Organisirung des Arbeiterschutzes. Selbstverständlich war die Zuchthausvorlage bündig an's Herz geschlossen. Herr Schwartzkopf, Hamburger Beamter der Baugewerksberufsgenossenschaft, sprach sich für den Streikklausel aus und hieß der Hoffnung Ausdruck, daß die Behörden in dieser Beziehung wirksame Unterstützung schaffen würden, (als ob das nicht schon immer und überall geschähe) und Herr Brieß von hier redete lang und breit von „friedlichen" Streiks. Das Drolligste jedoch war, was Herr Struckmann aus Bremen, nebenbei Mitglied des Ausschusses der hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung und nach den von ihm in dieser Eigenschaft gehaltenen Reden ein „Arbeiterfreund" erster Klasse, vom Stapel ließ. Er beklagte sich nämlich, daß die schwarzen Listen oft unvollständig und unleserlich seien. Diese von echt humanem Geiste durchwehte Aeußerung veranlaßt uns, eine alte Erinnerung aufzufrischen. Im Jahre 1873 war hierselbst bekanntlich ein Maurerstreik ausgebrochen, der mit großer Zähigkeit geführt wurde. Anläßlich der vorjährigen Aussperrung im Baugewerbe haben wir über denselben ausführlich berichtet. Schon damals arbeitete man kräftig mit der Verrufserklärung durch schwarze Listen, und wenn heute die Verfasser derartiger Uriasbriefe lahmerig und nachlässig zu Werke gehen, dann möchten wir den Baugewerksmeistern empfehlen, diese trägen Gesellen bei Herrn Th. Sartori in die Lehre zu schicken, denn dieser war es, welcher in Gemeinschaft mit dem damaligen Vorsitzenden der Lübecker Bauhütte, Herrn C. F. Krause, am 19. Mai 1873 das Verzeichniß der streikenden Gesellen anfertigte und in die Welt schickte. Ein Schriftstück, an dem Herr Struckmann sicher seine Freude haben würde: eine hübsche, glatte Handschrift, wie gestochen, und an Gründlichkeit läßt es gleichfalls nichts zu wünschen übrig. Manch Einen wird es interessiren, welches damals die unbotmäßigen Elemente waren; vielleicht hat auch Herr Sartori sein Wohlgefallen daran. Wir finden da Namen, deren Träger längst im kühlen Grabe modern, Andere wieder stehen noch heute als Gesellen auf dem Gerüst, und wieder Andere — sperren heute die Gesellen aus und petitioniren um Zuchthausgesetze. Hier die Liste:

Geffert, Kellmann, Harnack, Freitag, Scheel, Kock, Levzen, Höper, Krüger (Lübeck), Steffen (Kl. Siems), Ohmsen, Schmelter, Kiel, Wienholz, Petersen (Lübeck), Teckelburg (Oldenburg), Prill (Mecklenburg), Präske (Lübeck), Ritter, Schmidt (Mecklenburg), Kackteen (Holstein), Büschel, Pape, Paul Gentz, Dietrichs, Peters, Gramm, Schleef, H. Renzow, Pfeil, Bork, H. Hahn, Johs. Rothe, Borke, Steinfaß, Joh. Steen, Joh. Eggers, J. Schöß, Trotz (Lübeck), Dabelstein, Garber (Schwartau), Chr. Schwenn, F. Schmidt (Warin), H. Dankert (Ziethen), H. Bagt (Mecklenburg), H. Freitag (Schönberg), J. Haase (Selmsdorf), H. Schmidt (Ratzeburg), P. Schulz (Lübeck), Thormann (Mecklenburg), Heiden, Baars, Glade, Möller, Jacobs, Hering, Gast, Huckhorf, Dose, Otto, Hagen, H. Wichmann, C. Wichmann (Lübeck), Albrecht (Schwartau), G. A. Gentz, G. C. Fölsch (Lübeck), A. Ottsen (Schleswig), C. H. Paritoug, J. W. Roggenkamp, J. H. W. Voß, C. P. M. Plambeck, J. G. Berger, G. W. A. Viereck, J. Kock, J. Schröder, Kanalatzky, Luckmann, Menzing, Behnke, Sand, Ahlgrimm, Beese, Frank, Giesenberg, Kock, Lüneburg, Oldenburg, Schöning, Stoltenburg, Schröder (Lübeck), Baars (Mort., Gille (Lübeck), Hagedorn (Steinrade), Kober (Lübeck), Krohn (Ziethen), Kühl (Schwaan), Lendt, Mebel, Mustin, Möller (Lübeck), Nerjes (Altona), Niemann, Quade, Ringe, Spendler, Schmidt, Witt (Lübeck.)

109 Verfehmte! Man sieht — genau wie heute, nur — schreiben konnten sie besser damals.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 27. September.

Die organisirten Arbeiter der Schiefenberger Mühle beklagen sich in einem längeren Schreiben über die Mißstände in diesem Betriebe. So herrscht dort nach den gemachten Angaben noch die vierzehnstündige Arbeitszeit. Innerhalb dieser Zeit haben die organisirten Arbeiter eine Mittagspause von einer Stunde, geregelte Frühstücks- und Vesperpause dagegen nicht, vielmehr geht es nach beendeter Mahlzeit sofort wieder unaufhaltsam an die Arbeit. Für die nicht organisirten Arbeiter existirt überhaupt keine Pause. Kaum haben sie ihre Speisen verschlungen, stürzen sie sich schleunig wieder in's Geschäft. Einige verzehren sogar ihr Frühstück während der Arbeit. Am schlechtesten stehen sich die Bodenarbeiter. Diese müssen u. A. das Mehleinsacken besorgen, wobei sie sich des sogenannten Einsackkessels bedienen. Dieses Instrument hat die Form eines Cokskastens und wiegt bis zu 15 Pfund, während es etwa 50 Pfund Mehl faßt. Damit hantiren die Bodenarbeiter fast den ganzen Tag. Die Lohnverhältnisse verdienen öffentlich geschildert zu werden. Die organisirten Arbeiter erhalten bei der langen Arbeitszeit 18 Mk. pro Woche, die nichtorganisirten 6—8 Mark und der erste Geselle 14 Mark pro Woche. Auch werden in der Mühle zwei Bäcker beschäftigt, welche ebenfalls nur wenig verdienen, 16 bezw. 17 Mark und 2 Brode wöchentlich. Beide sind verheirathet. Sie arbeiten 12 Stunden, manchmal auch länger. Nur ausnahmsweise heben sie um 5 Uhr nachmittags Feierabend, wofür sie den ganzen Sonntag Vormittag arbeiten müssen. Einige Müllergesellen müssen Sonntag Vormittags Steine schärfen, wofür sie 1 Mark erhalten, während es für das Reinigen der Mühle am Sonntag 50 Pfg. lohnt. Bei alledem huldigen die Gebrüder Moll der Ansicht, daß sie sehr hohe Löhne zahlen. Als am Sonntag, den 17. d. Mts., ein Arbeiter bei Herrn Georg Moll vorstellig wurde um eine kleine Lohnerhöhung, lautete die Antwort: „Sechs Mark ist doch ein hoher Lohn. Ich denke, es ist genug." Damit war der Mann entlassen und kann zum alten Lohne weiterarbeiten. Leider steht die Mehrzahl der Arbeiter dieses Betriebes der Organisation fern, sodaß sie nicht daran denken können, ihre Lage zu verbessern. Mögen sie darin Wandel schaffen, dann sind sie der Sympathie der Lübecker Arbeiterschaft sicher. — Soweit die Zuschrift. Wir nehmen an, daß Löhne von 6 Mark bei Kost und Logis gezahlt werden. Auch unter diesen Umständen wäre es eine überaus niedrige Entlohnung, die in keinem Verhältnisse zu der Arbeitsleistung steht.

Wer stellt die Geschworenenlisten auf? Die „Eisenb.-Zeitung" macht mit Recht darauf aufmerksam, daß unter den für die bevorstehende Schwurgerichtsperiode ausgeloosten Geschworenen sich eine Person befindet, welche zur Zeit im Marstallgefängniß einquartirt ist. Es ist der wegen Unterschlagung verurtheilte frühere Gemeindevorsteher Ehlers aus Warnsdorf. Wir haben hier nur die Frage: Wie war das möglich?

Nichts als Meineide! In der bevorstehenden Schwurgerichtsperiode werden unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Herrn Wemer folgende Fälle verhandelt werden: 24. Oktober: 1) gegen den Arbeiter Albert Eduard Ott von hier, wegen Meineides, 2) gegen die Haushälterin Marie Dorothea Karoline Röhl aus Holdorf, wegen Meineides; 25. Oktober: 1) gegen die Ehefrau Anna Maria Katharina Viehring von hier wegen Meineides, 2) gegen dieselbe Person, wegen Meineides; 26. Oktober: gegen den Dienstknecht Wilhelm Heinrich Ferdinand Schöning aus Barkau, wegen Meineides.

Als Beisitzer zum Schiedsgerichte der hiesigen Sektion II der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist gewählt worden der beim Zimmermeister Heinr. Schlie zu Mölln i. L. beschäftigte Zimmerer Wilhelm Geffert, als dessen Stellvertreter der bei dem Bauunternehmer H. Gaycken in Bargteheide beschäftigte Zimmerer J. H. Thiedemann, genannt Tiemann, und der bei dem hiesigen Maurermeister Johs. Oldenburg beschäftigte Zimmerer Gottfried Harders zu Mölln i. L.

Die öffentlichen Badeanstalten am Finkenberge in der Vorstadt St. Lorenz, an der Falkenwiese in der Vorstadt St. Jürgen und bei der Alexanderstraße in der Vorstadt St. Gertrud werden für dieses Jahr am Sonnabend den 30. d. M., Abends 6 Uhr, geschlossen. Die Badeanstalten in Travemünde werden am Sonntag den 1. Oktober geschlossen.

Wahl. An Stelle des verstorbenen Schornsteinfegermeisters Tödt ist der Schornsteinfegergeselle P. A. H. Grube zum Schornsteinfegermeister erwählt worden. Er erhält den X. Kehrbezirk: Landbezirke mit Ausschluß der jenseits der Herrenfähre belegenen Ortschaften und mit Ausschluß der Ortschaften Schlutup, Dissau, Krummbeck, Kurau und Malkendorf.

Der **Zoologische Garten** ist für 45 000 Mark Eigenthum der Reinfelder Sparkasse geworden.

Die **Güterpost Lübeck-Schlutup** wird vom 1. Oktober ab, wie folgt, befördert: von Lübeck nach Schlutup 10,20, 11,30 Vorm. und 7, 8,10 Nachm., von Schlutup nach Lübeck 8, 9,10 Vorm. und 5, 6,10 Nachm.

Zinszahlung. Die im Michaelis-Termin d. J. für das Waisenhaus fälligen Pfandzinsen und Grundhauern sind an die Commerz-Bank gegen Aushändigung der Quittung zu entrichten.

pb. **In Haft** geriethen ein Arbeiter, welcher einem angetrunkenen Kollegen eine Uhr, ein Portemonnaie mit 36 Mark, sowie Fleisch und Wurst gestohlen haben soll, ein Dienstmädchen, welches beschuldigt wird, aus einer Hotelküche 8 Mark entwendet zu haben, und ein schwedischer Matrose, welcher bei einem Wirthe an der Untertrave einen Einbruch verübte.

pb. **Gestohlen** wurde Sonntag Nacht aus einem Hause auf Wilhelmshöhe eine Herrenuhr und ein Zehnmarkstück.

In das **Handelsregister** ist am 25. September 1899 eingetragen: auf Blatt 2083 bei der Firma: „Cigarren-Agentur und Commissionslager von Trapp." Die Firma ist erloschen. Die Prokura des Bruno Trapp ist erloschen.

Stockelsdorf. Zu dem Unglück, welches den Arbeiter Pott betroffen hat, ist nach Angabe desselben berichtigend mitzutheilen, daß das Kind nicht durch Benutzung von Petroleum Flammen gefaßt hat, sondern daß ein Funke aus dem Sparherde, an dem es in Abwesenheit der Großmutter sich aufhielt, die Kleider langsam in Brand gesetzt haben muß. Die bedauernswerthen Eltern trifft nicht der leiseste Vorwurf. Die Rettung war deshalb nicht möglich, weil alle erwachsenen Nachbarn auf dem Kartoffelfelde waren.

Güstrow. Schwurgericht. Wegen Straßenraubes wurde der vielfach vorbestrafte Schuhmacher Kasbaum zu 5½ Jahren, wegen Nothzucht der Arbeiter Günther zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Lüneburg. Der Maurerstreik ist beendet. Man hat sich mit den Zugeständnissen der durch den langen Kampf erschöpften Meister zufrieden gegeben. Dagegen dauert der Bauarbeiterstreik fort und ist Zuzug fernzuhalten.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

††† Donnerstag, den 28. September, Abends 8½ Uhr.

* **Stadttheater.** Den Abonnenten der nächsten Wintersaison macht die Direktion nochmals davon Mittheilung, daß die Karten täglich von 11—1 Uhr an der Kasse des Stadttheaters zur Ausgabe gelangen. Mit kommendem Sonnabend schließt dieselbe und wollen die Abonnenten mit der Abnahme nicht länger zögern. Die Hastreiter- und Gaul'sche Balletpantomime „Die Puppenfee", Musik von J. Bayer, wird in der allernächsten Zeit zur Aufführung kommen, nachdem die Balletmeisterin Ottilie Muzel bereits eingetroffen und ihre Vorbereitungen getroffen hat. Neben der reizenden Handlung, der lieblichen, einschmeichelnden Musik wird auch kostümlich etwas Neues und Außergewöhnliches geleistet werden, so daß Jung und Alt sich an dem unvergeßlichen Werke erfreuen werden.

Bullerjahn-Concerte. Donnerstag giebt Herr Bullerjahn, der neue Kapellmeister, mit seiner Kapelle die Visitenkarte ab: Er stellt sich dem Lübecker Publikum vor. Herr Bullerjahn hat es sich zur Aufgabe gesetzt, das musikliebende Publikum mit guter klassischer, aber doch leicht faßbarer Musik bekannt zu machen. Möge ihm in diesem nur zu billigenden Bestreben der Erfolg nicht versagt bleiben. Das erste Concert findet Donnerstag im „Concerthaus Fünfhausen", das zweite Freitag in „Hanshahns Concerthaus" statt.

August Vietig's Colonialwaaren-, Bier-, Spirituosen-, Kartoffel- und Feuerungs-Handlung
ist als gute Bezugsquelle bekannt und kann daher auf's Beste empfohlen werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Meinen Mitarbeitern sage ich meinen besten Dank für die mir gewordene Unterstützung.
J. Pott, Barneck.

Zu vermiethen eine Stube mit Feuerungsraum an eine alleinstehende Person. Glockengießerstr. 38/6.

1 oder 2 leere Zimmer zum 1. October in der Lindenstr. Näheres Ernestinenstraße 8.

Zum 1. Octbr. ev. später in der Sadowastraße **ein Zimmer für 2 junge Leute zu verm.** Näheres Krähenstraße 22/10.

Gesucht zum Novbr oder später eine Wohnung im Preise bis zu 160 Mk. von ruhigen Leuten mit 2 Kindern.
Off. u. **G 11** an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Schuhmachergesellen
finden sofort dauernde Beschäftigung
F. Baurenfeind,
Mühlenstraße 34.

Zu Ostern ein Lehrling gesucht
Fr. Spethmann, Tapezier und Dekorateur
Drögestraße 5a beim Schlachthaus.

Gesucht ein kräftiger Lausbursche
außer der Schulzeit Fackenburger Allee 10b.

1 kleiner Kleiderschrank (70 Centimeter breit, 1,70 Meter hoch) zu kaufen gesucht. Offerten unt. **K O** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Billig zu verkaufen
2 gut erhaltene Winterüberzieher für junge Leute und eine Winterjoppe, fast neu.
Langer Lohberg 41, 1. Etage.

Zu verk. 1 gut erhalt. Kochmaschine
4 flammig Schützenstraße 47, 2. Etage.

Billig zu verkaufen ein Kindermantel
passend für Mädchen von 2—3 Jahren.
Lindenstraße 55, 1. Etage.

Ein fast neuer Winterüberzieher, passend für einen jungen Mann von 16—18 Jahren.
Ernestinenstraße 15 (Holstenthor).

Eine Schiebkarre zu verkaufen.
Schwartauer Allee 76

Zu verkaufen ein Kinderwagen
Dornestraße 38.

Zu verkaufen ein freundl. gutgebaut. Haus in der Brodesstraße 40.

1 Sodha mit grünem Plüsch und 3 Polsterstühle, gut erhalten, Preis Mk. 30
Dankwartsgrube 13, Hinterhaus 1. Etage.

Empfehle meinen
Rasier-, Frisier- u. Haarschneide-Salon
J. Heuer, Friseur, Königstraße 24.

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24, I.
Großer Mittagstisch von 11½—2 Uhr.
à Person 40 und 50 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr.
à Person 30 und 40 Pfg.

An jedem Mittwoch und Sonnabend empfehle:
Frische Bierwürste.
Carl Steyer
Schwartau, am Markt.

Sarg-Magazin
ob. Mühlenstr. 13. Fernspr. 427.
Gebr. Müter
Grösstes Lager am hiesigen Platze.
Billige Preise.
Stets Neuheiten in Perl- u. Metallkränzen.
Ueberführung von u. nach Auswärts.

Bei jetzigen hohen Butterpreisen **prüfe** und **vergleiche** man gefälligst Mohrsche Margarine-Marke
Mohra
mit **feinster Meiereibutter** und man wird sich überzeugen, dass die „Mohra" auf Brod gestrichen genau so **wohlschmeckend** ist und beim Braten genau so **bräunt** und **duftet,** wie die fast doppelt so theure Molkereibutter.

Oefen
aller Systeme,
eiserne Sparherde,
Herd- und Ofenbeschlag,
Blechrohre,
billigst bei
Carl Buchholtz
Fackenburger Allee 10b.

Tapeten
mit passenden Borden,
Gardinenkasten,
Rosetten,
Rouleauxbeschlag
billigst bei
Carl Buchholtz
Fackenburger Allee 10b.

Reparaturen
an sämmtlichen Musik-Instrumenten
bekommt man am besten und billigsten bei
A. M. Flägel
Musikinstrumentenmacher
obere Aegidienstrasse 9.

H. Bülck
Breitestraße 52.
Empfehle:
Caffee von 60—200 Pfg.
Thee von 160—600 Pfg.
Cacao von 160—280 Pfg.

Keine sparsame Hausfrau
sollte es versäumen, einen Versuch mit meiner hochfeinen **Rahm-Margarine** zu machen.
Stets frisch, 50, 60 u. 70 Pfg. per Pfund.
Empfehle gleichzeitig meine **Colonial- und Fettwaaren** zu den billigsten Preisen.
Heinr. Cords, Engelswisch 35.

Hochfeine
MARGARINE.
Marke Vitello per Pfund 70 Pfg.
„ Extra per Pfund 60 Pfg.
„ A per Pfund 50 Pfg.
Gr. Gröpelgrube. **G. Hamann.**

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin
Marlesgrube 9
empfiehlt gut gearbeitete
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren
zu soliden Preisen.

Am 1. October verlege ich mein Geschäft nach
8 Holstenstraße 8.
Heinr. Oldorf, Holstenstraße 32.

Grosse Auction!
am Donnerstag den 28. September,
Nachmittags 2½ Uhr
in der
41 Hundestraße 41
über Mobilien, Waaren aller Art, sowie ein elegantes Vertikow, Sopha, 1 Regulator, 4 diverse Bettstellen, gebrauchtes Bettzeug, ein Nachtschrank mit Marmorplatte, diverse Tische, 2 gut erhaltene Nähmaschinen, 2 Servauten, ein großer Posten gebrauchtes Leinenzeug, ein Kinderfahrstuhl, große Bett- oder Kartoffelkisten, 1 Küchenschrank, Plattbrett, **ein kompletes Hundefuhrwerk, 2 gr. Hunde, 1 vierrädiger Wagen** und Sielengeschirr, ferner ein großer Posten getragene Herren- und Damenkleidungsstücke, Paletots und Jackets, Decken, Tintenfässer, emaillirte Eimer und Kochtöpfe, 2 Mille ff. Cigarren, Malerpinsel, 1 leichtes Tourenrad u. v. a. Gen. m.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator

Versuch macht klug!
Herren-Sohlen u. Flecke von Mark 2,00
Damen- do. u. do. von do. 1,50
Mädch.- u. Knab.- do. u. do. von do. 0,90
Alle anderen Reparaturen billigst.
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.
Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Ecke Alter Schrangen.

Restaurant Pockenhof.
Verkegeln
von Gänsen, Enten, Karpfen
am Montag den 2. October 1899.
Einsatz 50 Pfg. Anfang 10 Uhr Morgens.
Ergebenst **M. Cornelsen.**

Allgemeine Ausstellung Lübeck
in sämmtl. Räumen d. Wilhelmtheaters
Donnerstag den 28. September,
Nachmittags von 5—9 Uhr:
Grosses CONCERT
ausgeführt von unserer Regiments-Capelle.
Eintrittskarten à 50 Pfg. an der Tageskasse.
Der geschäftsführende Ausschuß.

Erstes
diesjähriges Ausspielen von
Gänsen, Rauchfleisch u. Karpfen
findet statt am
Montag den 2. October
in Herm. Burmesters Bierhalle
Untertrave 30.

Concerthaus Fünfhausen.
Heute Donnerstag den 28. Septbr.
Abends 8 Uhr:
Erstes grosses
Bullerjahn-Concert.
Programm:
I. Theil.
1. „The Scorcher"-Marsch v. Rosey.
2. Ouverture zur Oper „Maritana" v. Wallace.
3. Geschichten a. d. „Wiener Wald", Walzer v. Strauß.
4. Gr. Fantasie a. d. Oper „Lohengrin" v. R. Wagner.
II. Theil.
5. Ouverture zur Oper „Mignon" v. Thomas.
6. Streichquartette.
a. Andante cantabile v. Tschaikowski.
b. Märchen v. Komzák.
7. Ungar. Tänze Nr. 5 u. 6 v. Brahms.
8 Die „Karawane" v. Rehl.
Characterist. Tonbild in 3 Sätzen.
a Aufbruch und Marsch.
b. Im Lager.
c. Tanz
III. Theil.
9. Ouverture „Robespierre" v. Litolf.
10. An der schönen Narentha, Walzer v. Komzák.
11. Melodien-Congreß, Potpourri v Conradi.
12. Miss Liberty-Marsch v. H. v. Tilzer.
Eintritt 50 Pfg. — Karten im Vorverkauf bei Herrn **F. W. Kaibel, Breitestr.** und in den Cigarrenläden von Herrn **Nagel, am Markt,** und Herrn **Hugo Jörss, Breitestr. 38,** und **Schwarz,** Fackenburger Allee 1.
NB. Freitag den 29. September:
2. gr. Concert.
Hanshahn's Concerthaus.

Quartettverein Amicitia.
Gesellschafts-Abend
am Sonntag den 1. October 1899
im Concordiagarten.
Anfang 7 Uhr. Einführung gestattet.
NB. Saisonkarten müssen gewechselt werden.
Der Vorstand.

Circus Variété
Nur noch 3 Tage
das amusante Septbr.-Programm.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Sonntag den 1. Oct.:
Vollständig neues Personal.

Hausfrauen, kauft Euren gebr. Caffee nur bei August Vietig, Fischergrube 45.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 227. Donnerstag, den 28. September 1899. 6 Jahrgang.

Die Polenfrage in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus Essen schreibt man der „Leipziger Volkszeitung“: Ueber großpolnische Agitation unter den polnischen Arbeitern im Industriegebiet führt das Sprachrohr der Industriellen, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, zur Zeit bewegliche Klage. Daß eine großpolnische Agitation hier stark betrieben wird, läßt sich auch nicht leugnen. Sie tritt in dem ultramontanen „Wiarur Polski“ ganz offen zu Tage. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ vergißt nur anzuführen, daß die Unternehmer eine solche Agitation durch ihr Verhalten stark gefördert haben. Wegen der billigen Arbeitskräfte, die man gegebenenfalls gegen die einheimischen aufwärtsstrebenden Arbeiter ausspielen konnte, wurden die Polen hergeholt.

Damit aber nicht genug! Man isolirte sie von der übrigen Bevölkerung und sperrte sie in Kolonien ein. In diesen Kolonien, die fast bei jeder Zeche im Ruhrrevier zu finden sind, führen die Polen unter sich ein abgeschlossenes Leben. Der Kolonievogt, meist gleichzeitig Zechenaufseher, sorgt dafür, daß kein Unberufener eindringt. Nur der klerikale, polnische Agitator findet Aufnahme. Die Abgeschlossenheit macht nun naturgemäß die Polen, die sich nicht als eine Klasse mit den übrigen Arbeitern, sondern als Angehörige einer fremden Nation fühlen, nicht nur für die konfessionelle, sondern auch für die nationale Verhetzung empfänglich. Ein großer Theil der Polen sieht infolgedessen in jedem, auch seinem Mitarbeiter, der nicht katholisch-polnisch ist, einen Gegner. Der in kleinen Zirkeln in den Kolonien geschürte konfessionell-nationale Fanatismus, der durch die polnischen Zeitungen und in den polnischen Vereinen unausgesetzt neue Nahrung findet, läßt bei ihnen kein Klassenbewußtsein aufkommen. Die aufgeklärteren Polen, deren ja auch schon eine ganze Anzahl vorhanden ist, kamen meist nicht direkt aus Polen hierher, sie haben schon eine Zeitlang in anderen Orten Deutschlands gearbeitet, wo sie mit der übrigen Bevölkerung mehr in Berührung kamen. Diese Polen werden aber von ihren Landsleuten noch fast mehr gehaßt wie die Nichtpolen. Sie sehen in ihnen nicht nur Glaubens-, sondern auch Vaterlandsverräther. Dafür hat die klerikale, nationalpolnische Verhetzung gesorgt. Aus diesem Grunde ist die Agitation für die gewerkschaftliche oder sozialistische Bewegung durch Polen bei den Polen mindestens ebenso schwierig wie durch Nichtpolen. Und diesen ist durch das Handinhandarbeiten der Geistlichen mit den Unternehmern die Agitation fast unmöglich gemacht. Es gehört ein gut Theil Muth dazu, sich mit Flugblättern oder sonstiger Agitationslitteratur in die Polenkolonien hineinzuwagen. Sind die Polen noch nicht genügend durch klerikale polnische Hetzer fanatisirt, dann genügt es, daß der Kolonievogt sich nur blicken läßt, und unsere Leute können froh sein, wenn man ihren Agitationsversuchen gegenüber nur passiv bleibt. Die Kontrolle der Zechenaufseher reicht aber auch weit genug, um die Polen von dem Besuch unserer Versammlungen abzuhalten.

Unter diesen Umständen haben sowohl die Klerikalen, als auch die Unternehmer, was sie wollen. Die Klerikalen treiben ungestört Wahlagitation, und der Unternehmer verhindert die Vereinigung der Arbeiter, er behält „seine Polen“, wie er sie will, unwissend und willig, sich ausbeuten zu lassen. Das hindert allerdings nicht, daß sich unter dem Druck die Empörung einmal plötzlich gewaltsam Luft macht. Die „Herner Krawalle“ geben dafür ein lehrreiches Beispiel. Es wäre nicht dazu gekommen, wenn man die von den Gewerkschaften versuchte Aufklärungsarbeit über die Bestimmungen des neuen Knappschaftsstatuts — in letzter Linie die Ursache der Krawalle — nicht planmäßig hintertrieben hätte.

Wenn da die klerikalpolnische Verhetzung solche Früchte zeitigt, so versteht man, daß sogar das Zentrumsblatt in Essen, wenigstens nach außen hin, etwas abwinkt. Die neueste, energisch vertretene Forderung der Polen ist die Anstellung noch einer Anzahl polnischer Geistlichen. Das Zentrumsblatt bemerkt dazu, diese Forderung entspringe nicht dem religiösen, sondern dem polnischen Bedürfniß. Da bei der vorigen Reichstagswahl bereits eine polnische Kandidatur ganz ernsthaft nicht nur gefordert, sondern auch schon geplant war, so wird wohl die Furcht, bei der nächsten Wahl wirklich mit polnischen Kandidaten im Kreise Essen und Bochum um das Mandat ringen zu müssen, die Antipathie der Zentrumsleute gegen weitere polnische Geistliche hervorgerufen haben.

Die Ausbreitung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung im Ruhrrevier findet einen nicht zu unterschätzenden Widerstand in der passiven Haltung des starken Polenkontingents. Diese Passivität zu durchbrechen muß die Hauptaufgabe unserer Agitation in der Zukunft sein. Natürlich werden die Unternehmer unsere Agitation wie bisher möglichst zu hindern suchen, aber damit hindern sie sich wieder in der jetzt aufgenommenen Agitation gegen den Großpolonismus. Solange die Arbeiter polnischer Nationalität sich nicht als Klasse gegenüber dem Unternehmer fühlen, solange herrscht bei ihnen das im Ruhrkohlengebiete bis zum Fanatismus geschürte, mit religiöser Schwärmerei vermischte Nationalitätsgefühl vor.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Differenzen in Bremen mit der Hansa-Gesellschaft sind zu Gunsten der Seeleute geregelt. — Zum Tischlerstreik in Burg schreibt uns das Streikkomitee: „Fast 24 Wochen hat die Einigkeit der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter gedauert. Endlich ist sie gebrochen. Trotzdem man Anzeigen auf Anzeigen wegen Streikpostenstehen gegen uns erstattet hat, einen Erfolg hatten dieselben nicht, denn das Landgericht Magdeburg hat sämmtliche Frevler freigesprochen, trotz des abweisenden Auftretens der Unternehmer in den einzelnen Verhandlungen über die Streitfragen selbst und trotz des mit noch ziemlich großer Majorität gefaßten Beschlusses der Meisterversammlung, den Streik weiter dauern zu lassen, sind dieselben durch unser ruhiges und besonnenes Ausharren zur Verzweiflung getrieben. Heute sehen wir, daß der zur Niederhaltung der Arbeiter geschaffene Ring gesprengt ist. Einer nach dem Andern kommt und wünscht Arbeiter zu den von uns geforderten Bedingungen. Sieben Firmen haben bereits bewilligt. Es arbeiten nunmehr die Mehrheit der Kollegen zu den neuen Bedingungen und es steht zu erwarten, daß in nächster Zeit noch einige Unternehmer bewilligen werden. In erster Linie aber wird es wohl darauf ankommen, daß die von Burg abgereisten ledigen sowohl wie die gesammten Kollegen Deutschlands uns ihr Solidaritätsgefühl weiter bezeugen.“ — Sämmtliche Arbeiter der Deutschen Gasbahn-Gesellschaft (Waggon-Fabrik) in Dessau sind am Sonnabend morgen wegen angekündigter Lohnreduzirung in einen Abwehrstreik eingetreten. Betheiligt sind Tischler, Schlosser, Stellmacher, Schmiede, Dreher, Lackirer usw., ca. 200 an der Zahl. — Einen hübschen Erfolg erreichten in München nach eintägigem Streik die 102 Damenschneiderinnen und 17 Damenschneider der Konfektionsfirma Renner und Basch. Es wurde erzielt: Die Zurücknahme der Kündigung zweier Kollegen, neunstündige Arbeitszeit, 4,50 Mark Minimallohn für Gehülfen und 2,50 Mark für Gehülfinnen, die früher 1,80 Mark Minimallohn hatten. Außerdem wurde eine 25prozentige Lohnerhöhung für sämmtliche Arbeiterinnen nach Maßgabe ihres früheren Verdienstes zugebilligt. Ferner die Abschaffung der Stückarbeit und Einführung der Tagarbeit. Außerdem wurde noch zugebilligt die Erhöhung des Stundenlohnes für Heimarbeiterinnen von 20 auf 40 Pfg. und bei Ueberstunden doppelter Stundenlohn. Heimarbeiter, die für die Firma Renner und Basch arbeiten, müssen ihre Arbeiterinnen ebenfalls die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, sowie einen Minimaltagelohn von 2 bis 3 Mark bezahlen, je nach der Qualifikation der Arbeiterinnen. Diesen Erfolg haben die Arbeiterinnen ihrer Organisation verdanken.

Die Vorsitzenden der beiden Bergarbeiterverbände haben beschlossen, bei den bevorstehenden Berggewerbegerichtswahlen gemeinsam vorzugehen. Vorerst soll jedem Verbande sein Bestand an Beisitzern erhalten bleiben. Diejenigen Bezirke, wo Zechenkandidaten ausscheiden, werden in gleicher Weise unter die beiden Verbände getheilt, so daß einem Zechenkandidaten entweder ein Mitglied des christlichen Gewerkvereins oder des alten Verbandes entgegengestellt wird. Auf diese Weise will man die früher vorgekommene Zersplitterung, die meist die Wahl des Zechenkandidaten zur Folge hatte, vermeiden.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Sonntag in Brünn eröffnet. Genosse Frohme vertritt die deutsche Reichstagsfraktion.

Ueber die Stärke der Vertretung der Sozialisten in italienischen Gemeinde- und Provinzialverwaltungen macht der „Avanti“ in Rom folgende Angaben. Im Ganzen giebt's 463 sozialistische Gemeinderäthe in 156 Gemeinden und 36 sozialistische Provinzialräthe. Die Lombardei hat in 42 Gemeinden 156 sozialistische Vertreter, Piemont in 19 Gemeinden 88, Ligurien 32 in 1, Emilia 33 in 8, Venetien 12 in 8, Romagna 14 in 5, Umbrien 27 in 10, Toscana 40 in 11, Sizilien 23 in 9. In Calabrien, Campagna, Apulien, Terra di lavoro, Sardinien giebt's je 1 bis 2 Gemeinden mit je 1 bis 2 Genossen im Rath.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein prinzipiell wichtiges Urtheil fällte in Braunschweig die Landgerichts-Strafkammer. Zwei Wurstfabrikanten waren wegen Wurstfärbung von dem Schöffengericht zu Geldstrafen verurtheilt worden. Die Strafkammer hob dieses Urtheil auf und sprach die Angeklagten frei, mit der Begründung, daß es sich lediglich darum gehandelt habe, ein an sich gutes Fabrikat durch ein unschädliches Mittel äußerlich zu verschönern. Die Angeklagten seien sich keiner Fälschung bewußt gewesen und hätten auch nicht fälschen wollen. — Die Kölner Strafkammer verurtheilte den Besitzer der großen Dampfkornbranntweinbrennerei, Horrix, zu sechs Monaten Gefängniß, weil er ohne einen Gasometer zu besitzen, von seinem Kellergewölbe aus eine Rohrleitung zum städtischen Gashauptrohr legen ließ, um die Gaskraft zum Betrieb maschineller Anlagen zu entnehmen, ohne Zahlung an die Stadt zu leisten. — Eine Gasexplosion ereignete sich am Sonnabend Abend in einem Konzertsaale während des Konzerts in Enschede (Holland.) Zwölf Personen wurden verletzt, unter ihnen mehrere schwer. — Ein 19 Pfund schwerer Meteorstein ist am Sonnabend in der bei der Stadt Namur belegenen Gemeinde Bois de Villers in das Feld eines Landwirthes gefallen. Die Einwohner des flachen Landes strömen in Schaaren zusammen, um den vom Himmel herabgefallenen Stein anzustaunen. Der Stein hat eine ins Graue fallende Farbe und ist von dreieckiger Gestalt; bei dem von einem zischenden Geräusche begleitenden Niederfallen bohrte sich der Meteorstein 90 Centimeter in den Erdboden ein. — Während eines Feuerwerks, welches anläßlich der Jahresfeier der Thronbesteigung des Sultans vor der Wohnung des Kommandanten des zur Zeit im Piräus (Griechenland) liegenden türkischen Geschwaders, Hassan Rani Pascha, abgebrannt wurde, explodirte eine Bombe. Eine Person wurde getödtet, siebzehn schwer verletzt. Mehrere Armenier werden beschuldigt, die Bombe gelegt zu haben, die Urheber der Explosion

Das Patent.

Novelle von A. Otto.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auf eine Einladung zum Niedersetzen antwortete der Advokat mit einer Verbeugung und nachdem er den Sitz eingenommen, zog er aus seiner Tasche einige Papiere, flog sie flüchtig durch und meinte: „Sie entschuldigen, daß ich Sie in einer Rechtssache für einige Augenblicke in Anspruch nehme.“

„Ist Ihnen ein Glas Champagner gefällig?“ fragte der Fabrikant zuvorkommend, „oder wollen Sie anderen Wein, rothen oder weißen, was Sie lieben.“

„Ich nehme ein Glas Champagner,“ meinte der Advokat geschäftsmäßig und dann seine Papiere wieder zusammenfaltend, äußerte er: „Ich habe hier eine Sache zu arrangiren, die wohl nicht viel Schwierigkeiten haben wird. Ein Herr Arthur Kühne, bis vor Kurzem Werkführer bei Ihnen, behauptet, eine Erfindung gemacht zu haben, deren geistiges Eigenthum durch ein Patent sicher für ihn gestellt werden sollte.“

„Ja, es ist aber garnichts mit dieser Erfindung, reiner Schwindel eines windigen Gesellen.“

„Es handelt sich auch garnicht darum, sondern nur um den Umstand, daß Sie für diese Erfindung ein Patentgesuch eingereicht haben.“

„Weil ich mich durch den Burschen hatte täuschen lassen. Aber ich weise jede Verantwortlichkeit darüber zurück. Ich habe mit der Sache garnichts zu thun und ich muß bitten, daß mein Name . . . .“

„Gut, es handelt sich nur darum, ob Sie für Ihre Person ein Eigenthumsrecht an dieser Erfindung und respektive an einem Patent darüber beanspruchen.“

„Fällt mir nicht im Traume ein, ich habe lediglich aus Humanität und Rücksicht auf einen Undankbaren gethan und im guten Glauben an die Ehrlichkeit desselben, was ich gethan habe.“

„Es ist aber immerhin auffällig, daß Sie in keiner Weise jenes Anderen gedenken, sondern als Selbstberechtigter auftreten.“

„Das that ich, wie gesagt, aus reiner Humanität, weil ich glaubte, daß man die Sache im Ministerium beschleunigen würde, wenn mein Name, als eines hervorragenden Industriellen, statt eines unbekannten Arbeiters in dem Schreiben vertreten wäre. Aber Sie trinken nicht, Herr Advokat?“

„Ich warte nur auf Ihr Beispiel.“

„Ihre Gesundheit!“

„Ihr Wohlsein, meine Herren! Ich hoffe, die Sache wird sich abwickeln, ohne daß dieselbe für Sie, Herr Krummbügel, Unannehmlichkeiten hat.“

„Für mich? Ach, Sie scherzen. Was sollte man mir anhaben können?“

„Es ist immerhin eine heikle Geschichte, auf seinen Namen ein Patent für die Erfindung eines Anderen zu beanspruchen.“

„Wenn es aber im guten Glauben geschehen . . .“

„Dafür würde Ihnen der Beweis obliegen.“

„Herr Kommerzienrath, ich diene Ihrem Gegner.“

„Nun ja, aber Sie wissen, unsereins ist erkenntlich. Sie können Vieles thun.“

„Gut, vorerst muß ich das Interesse meines Klienten wahren. Wollen Sie mir ein schriftliches Zugeständniß geben, daß Sie das Patent nicht für sich zu beanspruchen gedachten, sondern daß Sie es als den Anspruch Ihres Arbeiters Arthur Kühne ansahen und nur im guten Glauben es für ihn nachgesucht haben?“

„Das will ich mit dem größten Vergnügen. Gewiß, ich habe persönlich sonst mit dem Dinge garnichts zu thun.“

„Wohlan, sobald Sie das gegeben, werde ich das Meinige thun, daß man nichts weiter gegen Sie versucht. Haben Sie Schreibzeug hier, wollen Sie das gleich in unserer Gegenwart schreiben?“

„Ich bin gewohnt, solche Sachen von meinem Buchhalter niederschreiben zu lassen. Ich werde es gleich besorgen. Oder möchten Sie sich gegen Vergütung der Sache unterziehen?“

„Ich will es thun ohne Vergütung, dann bin ich gleichsicher, daß die Sache in Richtigkeit ist. Kann ich diese schreiben?“

„Ja, aber trinken Sie nur erst.“

Der Advokat that Bescheid und schrieb alsbald eine Erklärung, welche er dem Fabrikanten vorlas und welche lautete:

„Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß er seinem . . . . des Jahres 189 gezeichnetes Gesuch wegen Ertheilung eines Patentes nur im Interesse und zur Wahrnehmung des Rechtes des in seiner Arbeit befindlichen, gewesenen Werkführers Arthur Kühne, den er als den rechtmäßigen Eigenthümer der im Patentgesuch beschriebenen Erfindung angesehen, eingereicht hat und keineswegs beabsichtigt, ein eigenes Anrecht an dieser Erfindung geltend zu machen noch zu beanspruchen, daß das Patent ihm persönlich irgend welche Gerechtsame erwerben sollte.“

Herr Krummbügel unterzeichnete das Dokument mit etwas zitternder Hand und entkorkte dann, während der Photograph bereitwilligst als Zeuge fungirte, eine neue Flasche des Schaumweines.

Wenige Augenblicke nachdem das Dokument aufgesetzt worden, trat ein Diener ein und meldete den Referenten des Amtes.

Der Fabrikant, obwohl nicht mehr ganz Herr seiner Bewegungen, erhob sich doch, um den Beamten mit Hochachtung zu empfangen.

Es war ein noch sehr junger Staatsdiener, wie man seinem schüchternen Auftreten zu erkennen war. Er theilte mit, daß die aufregenden Depeschen des Herrn Kommerzienraths das Amt nicht nur zur Absendung eines Gendarmeriedetachements, sondern auch zur Delegirung eines untersuchen

sind indessen Feuerwerker des türkischen Geschwaders gewesen. — Ein schweres Eisenbahnunglück wird aus Nordamerika gemeldet. Bei Florenz im Staate Colorado stieß ein Vergnügungszug mit einem Güterzug zusammen, wobei zehn Personen getödtet und viele verwundet wurden.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer in Pr. Stargard den Arbeiter Jahnke aus Hochstüblau zu zwei Monaten Gefängniß.

Wie Diebe gezüchtet werden. Ueber eine Gerichtsverhandlung in Bernburg berichtet der „Anh. Kurier". Die Arbeiter Selmar H. und Karl F. aus Schackenthal standen beim Amtsrath Kühne dort als Arbeiter in Dienst und bezogen für jeden Tag einen Lohn von 1,46 Mark ohne irgend welche Zugaben an Naturalien. H. mußte hiervon seine aus 6 Personen bestehende Familie ernähren. Er vermochte es. Als indessen Krankheit in seiner Familie ausbrach, reichte sein Verdienst nicht hin, und in der bitteren Noth wurde der bisher völlig unbescholtene Mann zum Dieb. Mit seinem unter ganz ähnlichen Verhältnissen lebenden Mitarbeiter F. stieg er in das Scheunengehöft seines Brotherrn ein, und Jeder eignete sich von den dort zum Füttern der Schweine aufbewahrten gekochten Kartoffeln etwa 70 Pfund an. H. erfuhr dies und brachte seine Arbeiter zur Anzeige. Die Angeklagten sind geständig. Wenn auch das Gericht die geschilderten Umstände als Milderungsgründe ansah, so konnte es doch nicht unter die gesetzlich niedrigste Strafe, welche auf schwerem Diebstahl ruht, herabgehen. Es erkannte auf 3 Monat Gefängniß, gab aber den Angeklagten anheim, ein Gnadengesuch einzureichen. — Die „M. Post" berichtet folgenden bemerkenswerthen Fall: Dieser Tage hatte sich vor dem Schöffengericht in München eine 17jährige Ladnerin wegen Diebstahls zu verantworten. Das Mädchen war im Korsettgeschäft von D. Lewandowsky, Marienplatz, mit einem monatlichen „Salair" von sage und schreibe fünfzehn Mark in Stellung und stand unter Anklage, ihrem Chef nach und nach 8 Korsetts, einen Damenunterrock, einen Baarbetrag von 60 Pfg. und sonstige Kleinigkeiten im Gesammtwerthe von 80 Mark entwendet zu haben. Die Mutter mußte wegen Hehlerei neben der Tochter auf der Anklagebank Platz nehmen. Die Tochter war des Diebstahls geständig, die Mutter leugnete die Hehlerei. Der Amtsanwalt Graf Pestalozza meinte in seinem Plaidoyer, daß nach dem Gesetze das Mädchen bestraft werden müsse, obwohl ihm bei einem derartigen Hungerlohn, wenn es seine Sittenreinheit nicht zum Opfer bringen wollte, nichts anderes übrig blieb, als zu stehlen. Das Gericht verurtheilte die Ladnerin wegen Diebstahls zu acht Tagen Gefängniß, sprach die Mutter wegen Hehlerei frei. Nach Verkündung des Urtheils bemerkte der Amtsrichter, daß jedenfalls die Staatsanwaltschaft Veranlassung nehmen werde, hier eine bedingte Begnadigung eintreten zu lassen.

Ohm Paul. In einer englischen Zeitschrift wird in einer Plauderei unter dem Titel „Ohm Paul und Tante" einiges Interessante über das Familienleben des Präsidenten Krüger in Transvaal erzählt. Der Präsident steht trotz seines hohen Alters sehr früh auf. Um 5 Uhr früh kann man ihn bereits mit seiner Pfeife in seinem großen, altväterischen Stuhl sitzen sehen. Die Stunden von 5 bis 8 Uhr sind seine Sprechstunden. Fremden gegenüber zeigt er sich in der Unterhaltung sehr verschlossen und mürrisch, obwohl er, wenn er auftaut, ein ganz liebenswürdiger alter Herr ist. Trotzdem er ausgezeichnet englisch spricht, verkehrt er mit englischen Besuchern doch nur mit Hilfe eines Dolmetschers. Krügers Unterhaltung beschränkt sich bei solchen Gelegenheiten meist auf „Hm!" und „Ja!" Er denkt mehr, als er spricht, und macht oft erst nach Tagen oder Wochen irgend eine charakteristische Bemerkung über den Besucher und das Gespräch mit ihm. „Tante" ist der Typus der holländischen Hausmutter, eine jener Frauen, die in vergessenen Tagen den Männern die Gewehre luden, bevor sie in den Kampf zogen. Sie dürfte 60 bis 70 Jahre sein und ist in ihren Ansichten und in ihrer Kleidung altmodisch im guten und schlechten Sinne des Wortes. Als treue Burin haßt sie die Uitländer und kann nicht begreifen, warum sie nicht daheim geblieben sind, anstatt sich um fremder Leute Angelegenheiten zu kümmern. Um 8 Uhr Abends geht der Präsident zu Bett. Diese Gewohnheit stammt noch aus der Zeit, wo die Buren im Ochsenwagen übernachten mußten.

„Rechter Hand, linker Hand . . .!" Der in Warschau erscheinende „Kuryer Podzienniz" theilt folgendes Kuriosum mit: In einem Dorfe unseres Kreises fanden dieser Tage drei Trauungen statt, welche große Sensation hervorriefen. An einem und demselben Tage ließen sich ehelich verbinden: ein 76 Jahre alter vermögender Bauer mit einem 22jährigen Mädchen, des Bauern Tochter, eine Wittwe von 54 Jahren, mit einem 23jährigen Knecht, endlich deren Sohn, ein Jüngling von 25 Jahren, mit einer 50 Jahre alten vermögenden Wittwe. Es heiratheten also an einem Tage: der Großvater, seine Tochter und sein Enkel — es giebt also auch in Rußland „Vernunftehen."

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 17. bis 23. September 1899.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

September. 7. Kassirer Karl Hermann Eichler. 8. Zimmermeister Heinrich Adolph Nic Hans Möller. 12. Vorarbeiter Johann Joachim Hinrich Krieger. 13. Arbeiter Friedrich Heinrich Dietrich Hoffmann. 14. Schauermann Carl Johannes Martin Bollmann. Bureauvorsteher Karl Wilhelm Patzig. 15 Lokomotivheizer Ludwig Joachim Heinrich Otto. Gärtner Johann Carl Heinrich Groth. Briefträger Heinrich Johann Joachim Wrieg. 16. Eisenbahnwagenschieber Johann Ernst Christian Sternberg. Arbeiter Wilhelm Friedrich Heinrich Holst. Fabrikarbeiter Carl Johannes Heinrich Kelling 17. Arbeiter Wilhelm Anton Rohde. Arbeiter Johannes Christian David. Registrator des Bau-Polizeiamts Johann Christian Meggers. 18. Klempner Fritz Jochim Hinrich Tretow. 19. Schneider Heinrich Friedrich Theodor Martin Wehring. 20. Schmied Johannes Heinrich Gottfried Petersen 22. Stellmacher Karl Johann Joachim Bibow. 23. Kürschnergehülfe Emil Detlev Wilhelm Stöltzig.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

September. 11. Arbeiter Johann Carl Ludwig Tollgreen. 12. Lehrer Jochim Friedrich Hermann Röhling Maler Emil Wilhelm Glapp. 14. Werkmeister Carl Christian Heinrich Kühl. Sergeant Carl Friedrich Johann Christian Augerstein. Schiffszimmermann Ernst Emil Johannes Tessenohn. Kaufmann Heinrich Peter Carl Schünemann. 15. Schuhmacher Leo Jelnik. Arbeiter Johann Friedrich Matthies Bauert 16. Inspektor der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Germania" Johann Heinrich Friedrich Myrau. Kaufmann Otto Jürgen Hans Eggers. Gärtnergehülfe Wilhelm Gustav Steinhoff. Mehlhändler Johann Heinrich August Kost. Schuhmacher Nikolaus Junk. 17. Kaufmann Theodor Georg Otto Hahn. Flußschiffer Heinrich Johann Christian August Bruns. Arbeiter Carl Johann Christian Möller Bauunternehmer Hermann Friedrich Christian Behlen. 18 Arbeiter Gottlieb Bruderek. Arbeiter Heinrich Johannes Hermann Kuhlmann. 19. Handlungsgehülfe Wilhelm Carl Gottlieb Buhrmann. Kaufmann Joachim Heinrich Wilhelm Fasch. 21. Arbeiter Johannes Friedrich Heinrich Scheel. Arbeiter Christian Hinrich Hermann Dürkop. Arbeiter Heinrich Jochim Christian Wulf. Arbeiter Friedrich Carl Böhm. Bautechniker Johann Georg Neuroth.

Sterbefälle.

September. 16. Eisenbahn-Bureaubote Heinrich Christian Kirchmann. 56 J. Franz Ludwig Christian Gale, 5 M. Heinrich Gustav Adolf Schulz, 10 M. 17. Peter Ludwig Wilhelm Kolbe, 7 M. Katharina Maria geb. Viencke, Wittwe des Arbeiters Johann Joachim Arndt, 69 J. Emilie Juliane Wilhelmine Tamm, 2 M 19 T. Elisabeth Margarethe Wally Otto, 22 T. Caroline Wilhelmine Milz, 20 T. 18. Elise Sophie Marie geb. Nachau, Wittwe des Bäckermeisters Ehrich Ludwig Nolte, vorher verw. Abels, 74 J. Dorothea Catharina Elisabeth geb. Groth, Ehefrau des Güterbodenarbeiters Johann Peter Wilhelm Baunau, 38 J 19 Wilhelm Heinrich Paul Johnson, 2 M. Elisabeth Dorothea Lore Hermine Spahrmann, 6 M. Maria Catharina Magdalena geb. Kaeselau, Wittwe des Gärtners Johann Daniel Christian Spiering, 39 J. Paul Hermann Rudolf Bilgenroth, 25 T. 20. Ludwig Johannes Otto Klutke, 4½ M. Wilhelm Johannes Andreas Sager, 5 M. Schlachtergeselle Robert Otto Carl Mahnke, 42 J. Luise Wilhelmine Friederike geb. Dau gen. Döring, Ehefrau des Arbeiters Carl Ludwig August Christian Frick, 35 J. 21. Ein todtgeb. Knabe, V.: Schlossergeselle Heinrich Ernst Rudolph Hidde. Ein Mädchen, 6 Stunden, V.: Arbeiter Friedrich Carl Böhm. 22. Luise Hannchen Reinhardine Weiss, 1 J. Maria Dorothea Charlotte geb. Poggenberg, Wittwe des Grünwaarenhändlers Eduard Christian Wilhelm Steenck, vorher verwittwete Hagedorn und Jesch, geschiedene Prüsmann, und verwittwete Drews genannt Puls, 66 J. Charlotte Maria Dorothea Friederike geb. Holldorff, Wittwe des Kirchenvogts Johann Friedrich Wilhelm Kreutziger, 73 J. Johannes Franz Wilhelm Schröder, 1 J. 5 M. Johannes Hermann Wilhelm Möller, 1 M. 23 T. August Gustav Friedrich Svensson, 1 M. 14 T. Carl Heinrich August Carlsson, 4 M. 16 T. 23. Karl Wilhelm Peter Steen, 3 M. 19 T. Anna Marie Sophie Römer, 5 M. Walther Ludwig Fritz Bentin, 5 M. Ein Mädchen, 8 T., V.: Arbeiter Friedrich Haferstroh (Vorwerk).

Angeordnete Aufgebote.

18. September. Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Pries und Catharina Maria Elisabeth Wittfoht. Schneider Wilhelm Wagner zu Hamburg und Frieda Wilhelmine Auguste Sophie Beyer. Maschinist Julius Ernst Wilhelm Hartwig zu Kiel und Elsabe Catharina Löding. Schlosser Wilhelm Ernst Balske und Wilhelmine Dorothea Christine Marie Gramckow. Arbeiter Emil Gustav Hinz und Henriette Augustin. Handlungsgehülfe Johannes Diedrich Joachim Möller und Johanne Henriette Friederike Massberg. Bremser Ernst Ludwig Wilhelm Carl Doll und Emma Johanna Caroline Hagen zu Sternberg. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Bierig und Catharina Elise Wilhelmine Caroline Wigger zu Herrnburg. 19. Arbeiter Carl Heinrich Johann Schuvor und Catharina Maria Magdalena Hecht zu Utecht. Kaufmann Ernst Richard Maack und Ida Catharina Caroline Bagt. Schuhmacher Carl Friedrich Julius Klebe und Doris Friederike Jacobsen Mühlenwächter Johannes Friedrich Carl Siemers und Auguste Wilhelmine Elisabeth Dubbe. Maler Christian Hermann Johannes Dissing und Caroline Dorothea Elisabeth Klempau. Meierist Christian Martin Ferdinand Dietz und Charlotte Wilhelmine Neumer zu Dalendorf. Maurer Heinrich Joachim Christian Johann Friedrich Scharnober und Johanna Dorothea Caroline Bothstede. 20 Kutscher Anton Hans Hinrich Strampfer und Caroline Ida Emilie Bermehren zu Schwartau. Arbeiter Wilhelm Joachim Heinrich Ott und Bertha Christine Caroline Tackman zu Güstrow. Schlosser Wilhelm Friedrich Christian Rocksin und Magdalena Catharine Marie Meier. Maurergeselle Carl Robert Sickert und Wilhelmine Sophia Amalie Dorothea Badstein. Kupferschmied Johannes Heinrich Wilhelm Baasch und Dorothea Sophie Elise Wulf. Schänkwirth Franz Claus Wilhelm Lüth und Bertha Hermine geb. Griepe, des Schänkwirths Paul Carl Johannes Viering Wittwe. Lehrer Heinrich Wilhelm Louis Hermann Schulz zu Hainelwörden und Catharina Charlotte Wilhelmine Ayecke zu Hoffenwey. Rechtsanwalt Karl Otto Seitz und Friederike Clara Cäcilie Winckler zu Itzehoe. Kaufmann Otto Philipp Theodor Bolckert und Anna Marie Antonette genannt Toni Schulius zu Jena. 21. Feuerwehrmann Hermann Friedrich Christoph Folgmann und Marie Karoline Elisabeth Schneekluth zu Petersberg Prokurist Carl Otto Albert Linde und Dorothea Friedchen Maass. Maschinist Gustav Carl Heinrich Hinz und Henriette Maria Bertha Schildt. Schlachter Claus Johannes Carl Hamann und Maria Elisabeth Anna Wichmann. 22. Kaufmann Adolf Hermann Ludwig Tabt und Katharina Margaretha Maria Wihe zu Bergedorf. Arbeiter Wilhelm Adolf Heinrich Boye und Anna Maria Dorothea Hachelstein zu Meetzen. Ingenieur Eugen Heinrich Johann Beyersdorff zu Braunschweig und Minna Dorothea Moll. Posthülfsbote Carl August Emil Graf und Marie Sophie Martha Bertha Ebell. Schriftsetzer Carl Friedrich Ludwig Zwiebelmann und Johanna Catharine Elise Hemstedt. Eisenbahn-Wagenschieber Johann Heinrich Clasohm und Regina Christine Bertha Rauert. Maschinist Hermann Hinrich Jentzen und Friederike Dorothea Elisabeth Ahrsens. Steindrucker Johann Heinrich Friedrich Wegner und Anna Margaretha Catharina Sophie Elisabeth Meumert. Bäcker und Gastwirth Friedrich August Johann Heinrich Nagel zu Gostorf und Wittwe Wilhelmine Dorothea Martha Lisette Harm geb. Stefader zu Hamberge. 23. Versicherungsbeamter Heinrich Grüschow und Maria Catharina Elisabeth Gielau. Postbote Theodor Christian Heinrich Rullmann und Maria Dorothea Schwark. Lehrer Friedrich Heinrich Carl Schädel zu Hamburg und Heilwig Magda Wacheuer.

Eheschließungen.

20. September. Oberrevisor beim Hauptsteueramt Karl Julius Gustav Erdmann zu Frankfurt a. M und Amalie Auguste Clementine Emma Helene Wichmann zu Sassau. 21. Maschinist Konrad Oberthür zu Kiel und Friederike Johanna Hinz. 22. Heizer und Putzer Heinrich Johann Theodor Grimm und Wilhelmine Catharina Maria Anna Grevsmühl. 23. Buchhalter Arthur Otto Emil Kiesert und Ella Dorothea Johanna Alexandrine Kampff. Schriftsetzer Paul Christian Hinrich Bernbeck und Frieda Dorothea Luise Leppin. Kellner Louis Walther Mauss und Pauline Karoline Minna Schlägel. Dienstmann Hans Hinrich Peter Schaeper und Catharina Margaretha Elsabe geb. Wittfoht, des Arbeiters Joachim Friedrich Land Wittwe Maler Friedrich Heinrich Wilhelm Flottow und Lisette Dorothea Pauline George.

Beamten, als welchen er sich vorzustellen die Ehre habe, bogen hätten.

Herr Krummbügel war äußerst gerührt über diese „Zuvorkommenheit" des Amtes, er beeilte sich, dem Beamten ein Glas einzuschenken und ihn aufzufordern, mit ihm ein Glas auf das Wohl des Königs, dann eins auf die Regierung und schließlich eins auf das wohllöbliche Amt zu leeren, Einrichtungen, welchen ein Loyaler schlechterdings keine Weigerung entgegen setzen konnte. Der Referendar bat dann um Anweisung eines Zimmers, in welchem er eine Vernehmung in aller Form bewerkstelligen könnte, indem der Brigadier Arthur Kühne, als den von Herrn Krummbügel bezeichneten Ausstörenfried, bereits sistirt habe.

„O, bemühen Sie sich nicht, die Sache wird uns nicht viel Zeit nehmen, wo alle Beweise vorhanden. Wir lassen hier die Tafel wegtragen, Feder, Papier und Tinte sind zur Stelle. He, halloh! Friedrich tragt die Tafel hinaus und sagt dem Brigadier unten, der Herr Referendar befehle, den Arrestanten vorzuführen."

„Ach, du mein Gott, den Arrestanten?" rief der Diener. „Das ist ja unser Herr Kühne . . ."

„Unser! Was heißt unser? Er war einmal ein behalter Arbeiter bei uns und hat sich als ungetreuer Knecht bewährt!"

Der Diener entfernte sich und bald erschien der Brigadier mit Arthur, welcher das Haupt stolz und trotzig erhoben trug. Hinter diesen beiden traten Melanie und Alma wieder ein, während die anderen Geschwister vor der halbgeöffneten Thüre stehen blieben. Der Referendar hatte sich, nachdem die Speisetafel entfernt worden war, an den kleinen Tisch gegeben und benützte das dort noch vorräthig liegende Papier, um die Eingangsworte zu einem regelrechten Protokoll niederzuschreiben.

„Da sehen Sie nun, Kühne, wohin Sie Ihre Ideen und Ihre Wühlereien gebracht haben!" rief der Fabrikant, indem er, soviel als möglich, eine imponirende Haltung annahm und die Hände mit umgebogenen Fingern auf seine Schenkel stützte.

Der Gefangene würdigte den Interpellanten keines Wortes, sondern folgte nur den Bewegungen der Feder in der Hand des Referendars. Endlich hielt dieser inne und wandte sich an den Brigadier mit der Aufforderung:

„Brigadier, treten Sie vor und thun Sie Ihre Meldung. — Sie haben also eine Arretur vorgenommen. Mit wem und weshalb?"

„Mit . . . . nicht wahr, Kühne heißen Sie?"

„Arthur Kühne," erwiderte der Gefangene, an den sich der Sicherheitswächter mit dieser Frage gewendet, kurz und bestimmt.

„Arthur Kühne," rapportirte der Brigadier.

„Und weshalb haben Sie denn den benannten Kühne arretirt?"

„Weshalb? Ja, weil es Herr Krummbügel so gewollt hat, daß er der . . . ja, Herr Krummbügel, weswegen war der Mensch zu arretiren?"

„Weil er meine Leute aufhetzte."

„Ja, richtig, weil er die Leute aufhetzte, der Rebeller der . . ."

„Und Versammlungen abhielt," fügte der Fabrikant hinzu.

„Richtig, sogar Versammlungen hat er abgehalten, der Aufrührer der . . ."

„Haben Sie sonst etwas über den Fall zu melden?"

„Nein, höchstens, daß der Arrestant wegen seiner Festnahme protestirte."

„Kühne," rief der Referendar darauf, „treten Sie vor!"

Der Arrestant rührte sich nicht.

„Brigadier, bringen Sie den Arrestanten hierher!" befahl der Beamte roth werdend.

Der Brigadier erfaßte den jungen Arbeiter bei einem Arm und mit der anderen Hand schob er ihn vor.

„Warum traten Sie nicht vor, als ich es Ihnen sagte?" fragte der Referendar.

„Weil Sie mir nichts zu sagen haben."

„Sie sind Gefangener und ich bin hier an Amtsstelle."

„Weshalb bin ich Gefangener?"

„Sie haben es ja gehört. Sie haben die Leute aufgehetzt und Versammlungen abgehalten."

„Ist es nicht erlaubt, Versammlungen abzuhalten?"

„Das schon, aber sie müssen . . ."

„Angemeldet sein in diesem Staate und dies ist nicht geschehen?"

„Ja, Brigadier, waren denn die Versammlungen angemeldet?"

„Das kann schon sein, ich hatte nichts damit zu thun. Herr Krummbügel wird das wissen."

„Herr Krummbügel, haben Sie eine Wahrnehmung gemacht, daß Versammlungen ohne vorhergehende Anmeldung stattgefunden?"

„Ja, was weiß ich, bei mir sind sie jedenfalls nicht angemeldet worden."

„Aber beim Amte, Herr Referendar, ich kann die Bescheinigung vorlegen."

„Wir schreiten mit der Vernehmung weiter," bemerkte der Referendar amtsmäßig. „Da wegen der Versammlungen, wie es scheint, keine besondere Anklage vorliegt, so würde der Arrestant wegen Aufhetzereien in Untersuchung zu nehmen sein. Was haben Sie zu ihrer Vertheidigung vorzubringen?"

„Vertheidigung? Wogegen soll ich mich vertheidigen?"

„Sie hören ja, gegen die Anklage auf Hetzerei."

„Aufhetzerei? Wogegen soll ich denn aufgehetzt haben?"

„Herr Brigadier, wogegen hat der Angeklagte aufgehetzt?"

„Wogegen, ja wogegen aufgehetzt hat er, wogegen denn Herr Krummbügel?"

„Wogegen? Nun natürlich gegen mich!" rief der Fabrikant, der eben einen verstohlenen Schluck genossen.

„Hat er zu Gewaltthätigkeiten gegen Sie aufgehetzt?"

„Gewaltthätigkeiten gegen mich? O nein, o nein, hoho, wieso? Er wird doch nicht! Aber gegen die Lohnverminderung, dagegen hat er gehetzt, o ja, das hat er gethan. Leugnen Sie nicht, Kühne, das hilft Alles nichts, warum waren Sie so einfältig . . . ich wollte sagen . . . so ein Esel. Nun werden Sie's auszubaden haben."

„Herr Referendar. Sie hören wohl garnicht, wie dieser Mann mich mit Injurien bedenkt, rief der junge Arbeiter.

„Das geht Sie garnichts an, oder vielmehr dagegen haben Sie garnichts zu sprechen, denn Sie sind jetzt Gefangener!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich